

Demographische Entwicklung: Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement ; Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Mai, Ralf; Swiaczny, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mai, R., & Swiaczny, F. (2008). *Demographische Entwicklung: Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement ; Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung*. (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 126). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-330851>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ralf Mai und Frank Swiaczny

Demographische Entwicklung

Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement

**Bericht des
Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung**

Zusammenfassung zum Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Demographische Entwicklung Potenziale für Bürgerschaftliches Engagement

Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Bericht des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung analysiert, wie sich die demographische Entwicklung auf das bürgerschaftliche Engagement auswirken kann und welche Potenziale dafür vorhanden sein werden. Er stellt insbesondere dar, welche Auswirkungen der demographische Wandel auf die Gestaltungsspielräume der Kommunen haben kann, kommunale Dienstleistungen und Infrastruktureinrichtungen vorzuhalten sowie welche Bedeutung ein ergänzendes bürgerschaftliches Engagement in diesem Zusammenhang hat.

Der Bericht basiert auf einer empirischen Analyse des regionalen demographischen Wandels und gibt unter anderem einen Überblick über die Ergebnisse unterschiedlicher Erhebungen zum bürgerschaftlichen Engagement. Eine Modellrechnung zeigt den Einfluss des demographischen Wandels auf die künftige Entwicklung des Potenzials an Engagierten in den Regionen.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens.
- Bürgerschaftliches Engagement hat positive Wirkungen auf den Einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes.
- Älteren kommt für das bürgerschaftliche Engagement im Zuge des demographischen Wandels künftig eine wichtigere Rolle zu.
- Alterung, Bevölkerungsrückgang sowie Internationalisierung und Heterogenisierung der Bevölkerungsstruktur sind Trends der demographischen Entwicklung, die sich räumlich differenziert vollziehen.
- Ungünstige Bevölkerungsentwicklung ist charakteristisch für die neuen Länder und peripheren Regionen.
- Ungünstige demographische Entwicklungen erschweren die regionalen Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des gewohnten Umfangs an Versorgungseinrichtungen und sozialer Infrastruktur.
- Bürgerschaftliches Engagement kann das kommunale Angebot an Infrastruktur ergänzen und stützen und damit eine Bereicherung und ein Standortvorteil für die Kommune sein.
- Bürgerschaftliches Engagement und Engagierte gezielt zu unterstützen, erfordert einen koordinierten kommunalpolitischen Ansatz.
- Bürgerschaftliches Engagement und die generelle Bereitschaft hierzu sind nach Ergebnissen von Erhebungen in den letzten Jahren gestiegen, besonders bei Älteren und Arbeitslosen; aber auch bei Jugendlichen kann eine hohe Beteiligung gemessen werden.
- Bürgerschaftliches Engagement ist in den neuen Ländern noch unterdurchschnittlich verbreitet, der Abstand zu den alten Ländern verringert sich aber.
- Anliegen und Umfang des bürgerschaftlichen Engagements werden geprägt durch die soziale Herkunft der Engagierten.
- Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland hat im internationalen Vergleich noch Nachholbedarf.
- Modellrechnungen zeigen, dass alle Tätigkeitsbereiche des bürgerschaftlichen Engagements bei unverändertem Niveau dieses Engagements von einem Rückgang der Engagiertenzahl betroffen sein werden; Regionen mit ungünstiger demographischer Entwicklung werden davon am stärksten berührt sein.
- Demographisches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement wird gerade dort, wo die Tragfähigkeit der Infrastruktur am stärksten zurückgeht, in Zukunft am geringsten sein.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
1.1	Ziel des Berichts	7
1.2	Bürgerschaftliches Engagement	7
1.2.1	Hintergrund und Begriffsabgrenzungen	7
1.2.2	Beweggründe und gesellschaftlicher Nutzen	8
2	Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Angebotsstrukturen	12
2.1	Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und kommunalen Angebotsstrukturen	12
2.2	Angebotsstrukturen in alternden und schrumpfenden Kommunen	13
2.2.1	Verkehr und Mobilität	13
2.2.2	Wohnungsmarkt	13
2.2.3	Netzgebundene Infrastruktur	13
2.2.4	Bildungsinfrastruktur	14
2.2.5	Soziale und kulturelle Infrastruktur	14
2.3	Bürgerschaftliches Engagement als kommunales Infrastrukturpotenzial	15
3	Regionaler demographischer Wandel und kommunale Angebotsstrukturen	18
3.1	Regionaler demographischer Wandel	18
3.1.1	Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung	18
3.1.2	Bilanz der Bevölkerungsentwicklung: Schrumpfung und Wachstum	21
3.1.3	Regionale Alterung und Differenzierung nach Altersgruppen	22
3.2	Der demographische Einfluss auf die kommunalen Angebotsstrukturen	24
3.2.1	Auswirkungen auf das Angebot	24
3.2.2	Auswirkungen auf die Nachfrage	26
4	Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund des demographischen Wandels	29
4.1	Datenquellen	29
4.2	Probleme der Abgrenzung und Vergleichbarkeit	29
4.3	Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme	30
4.3.1	Wie groß ist das Potenzial?	30
4.3.2	Zeitliche Entwicklung	31
4.3.3	Ost-West- und regionale Unterschiede	31
4.3.4	Geschlechtsspezifische Unterschiede	33
4.3.5	Altersgruppen	33
4.3.6	Soziale Unterschiede	34
4.3.7	Betätigungsfelder	34
4.3.8	Beteiligung Älterer	35
4.3.9	Beteiligung Jüngerer	36
4.4	Internationale Vergleiche	36

5	Exkurs: Demographisches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen	40
5.1	Potenzial für bürgerschaftliches Engagement nach Tätigkeitsbereichen und Alter im Lebenszyklus	40
5.2	Modellrechnungen des demographischen Potenzials für das bürgerschaftliche Engagement und die Zahl an bürgerschaftlich Aktiven nach Tätigkeitsbereichen bis 2025 beziehungsweise 2050	41
5.2.1	Einleitung	41
5.2.2	Verwendetes Begriffskonzept	42
5.2.3	Annahmen und Modellrechnung	42
5.2.4	Modellrechnung für Deutschland bis 2050	44
5.2.5	Regionale Modellrechnung bis 2025	47
5.2.6	Ausblick	50
6	Fazit	52
7	Literatur	53

1 Einleitung

1.1 Ziel des Berichts

Das bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens. Der demographische Wandel mit einer Alterung der Bevölkerung und einem regional auftretenden Bevölkerungsrückgang führt zu Verschiebungen in der Bevölkerungs-, aber auch gesellschaftlichen Struktur. Dadurch wird die Bedeutung bürgerschaftlicher Tätigkeiten in Zukunft ansteigen, weil sie wichtige Funktionen im gesellschaftlichen Miteinander einnehmen und diese noch Ausbaupotenzial haben. Auch die Rolle älterer Mitbürger und Mitbürgerinnen und ihr Beitrag zur Gesellschaft werden im Zusammenhang mit einem Bedeutungszuwachs bürgerschaftlichen Engagements neu diskutiert und sind ausbaufähig. Bürgerschaftliche Engagements sind in einer alternden Gesellschaft zweifach – sowohl für den Einzelnen als auch für die Kommune – relevant: zum einen können sie sich positiv auf Gesundheit und Wohlbefinden insbesondere im Alter auswirken. Zum anderen können sie in schrumpfenden (und alternden) Regionen mit dazu beitragen, die Versorgungsstrukturen vor Ort zu unterstützen. Familiäre (Hilfe-)Netzwerke werden kleiner, und die öffentliche Daseinsvorsorge mit ihren infrastrukturellen Dienstleistungen und Einrichtungen wird in manchen Regionen nicht mehr im gewohnten Umfang gewährleistet werden können. Hier könnten etwa die Senioren und Seniorinnen einen wichtigen Beitrag leisten. Aber auch andere Bevölkerungsgruppen mit derzeit geringerer Beteiligung, wie Frauen, Migranten oder Arbeitslose, können ihre bürgerschaftliche Rolle noch ausweiten.

In diesem Bericht wird zunächst untersucht, inwieweit sich der demographische Wandel auf die kommunalen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote auswirken beziehungsweise das bürgerschaftliche Engagement diese Angebote und Versorgung in den Regionen unterstützen und ergänzen kann. Danach folgt eine empirische Datenanalyse des demographischen Wandels auf regionaler Ebene. Der Schwerpunkt liegt auf einer Bestandsaufnahme der Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements, basierend auf den Ergebnissen mehrerer ausgewerteter Surveys. Ausgehend von der Frage, wie sich die bürgerschaftlichen Potenziale auf regionaler Ebene künftig entwickeln können, folgt ein Exkurs mit einer Modellrechnung des künftigen regionalen demographischen Potenzials für das bürgerschaftliche Engagement.¹

1.2 Bürgerschaftliches Engagement

1.2.1 Hintergrund und Begriffsabgrenzungen

Ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagements wurden in den letzten Jahren immer stärker diskutiert, die Begriffe haben regelrecht „Konjunktur“. Fast alle Politikbereiche auf Bund-, Länder- und Kommunalebene haben mittlerweile darauf mit Programmen reagiert. Dies geschah auch vor dem Hintergrund eines „Strukturwandels“ solcher Tätigkeiten (*Künemund* 2006: 138). Dieser fand auf mehreren Ebenen statt, zum Beispiel durch den Wandel in der Motivation (weniger für andere, mehr für sich), aber auch im Zuge der Diskussion um den Umbau des Sozialstaats. Individuelle Tätigkeiten abseits fest strukturierter Vereine und Verbände werden immer wichtiger: für den Einzelnen, aber auch die Gesellschaft. Man spricht daher von einer Individualisierung und Pluralisierung des bürgerschaftlichen Engagements.

¹ Der Bericht wurde im Auftrag des Bundesministeriums des Innern beziehungsweise der Ressortarbeitsgruppe „Chancen des demographischen Wandels“ von Dr. Ralf Mai, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung erstellt (Kapitel 1 bis 4). Den Exkurs bearbeitete Frank Swiaczny, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, unter Mitarbeit von Rebekka Oostendorp.

Bürgerschaftliches Engagement wird oft fälschlicherweise in einem Atemzug mit „Ehrenamt“ genannt. „*Ehrenamtliche Tätigkeiten*“ sind freiwillige, nicht auf Entgelt ausgerichtete Tätigkeiten im Rahmen von Institutionen und Vereinigungen (also überwiegend in Organisationen, Vereinen und Verbänden). Es ist keine Erwerbstätigkeit und soll unentgeltlich sein beziehungsweise eine nur geringe Aufwandsentschädigung umfassen. Das „politische“ Ehrenamt ist führend/verwaltend, das „soziale“ Ehrenamt eher helfend (Kahle/Schäfer 2005; Künemund/Schupp 2007).

Der Bedeutungszuwachs vor allem des sozialen Ehrenamts führte zu einer Neubewertung des Begriffs. Um diese neuen Tendenzen und Trends besser zu beschreiben, wurde der Begriff des „*bürgerschaftlichen Engagements*“ eingeführt (Künemund 2006: 138). Empirisch wurde dieses Konzept zum ersten Mal im Wertesurvey 1997 umgesetzt (Gensicke/Geiss 2004). Hier stehen das Engagement an sich und sein Gemeinwohl im Vordergrund. Es umfasst offizielle Funktionen und Ämter (das heißt Ehrenamt), aber auch informelle Aufgaben (zum Beispiel Wohltätigkeitsveranstaltungen). Die Enquête-Kommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hat hierfür Definitionskriterien aufgestellt. Demnach ist ein bürgerschaftliches Engagement (Deutscher Bundestag 2002: 24ff.):

- freiwillig,
- nicht auf materiellen Gewinn gerichtet,
- gemeinwohlorientiert,
- öffentlich beziehungsweise findet im öffentlichen Raum statt,
- wird in der Regel gemeinschaftlich beziehungsweise kooperativ ausgeübt.

Ein weiteres Begriffskonzept entstammt dem Freiwilligensurvey von 1999/2004, der das bürgerschaftliche Engagement auf das Konzept des „*freiwilligen Engagements*“ ausweitete, das heißt auf alle freiwilligen Aufgaben/Arbeiten außerhalb von Familie und Beruf (Gensicke/Geiss 2004). Die Betonung liegt dabei auf der freiwilligen Selbstverpflichtung. Zur weiteren Abgrenzung vergleiche Kapitel 4.2 und 5.2.2. Andere Konzepte sind außerdem die der „produktiven Tätigkeiten“ (vor allem im Alter) und der „informellen Arbeit“.

Es gibt also mehrere Begriffe und Konzepte zur Beschreibung solcher Tätigkeiten, einheitliche Definitionen und Abgrenzungen der verschiedenen Begriffe liegen damit nicht vor. Problematisch ist die Verwechslung oder Gleichsetzung der Begriffe Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement beziehungsweise ähnlicher Konzepte. Ebenso verwirrend sind die fließenden Grenzen zwischen einfacher Mitgliedschaft, passiver Teilnahme, aktivem Engagement, Übernahme eines Ehrenamtes etc.

Eine detaillierte Abgrenzung der Begriffskonzepte, wie sie in den einzelnen Surveys verwendet und operationalisiert werden, findet sich in Kapitel 4.2.

1.2.2 Beweggründe und gesellschaftlicher Nutzen

Motive für bürgerschaftliches Engagement

Die Motive, weshalb ein bürgerschaftliches Engagement eingegangen wird, sind vielfältig beziehungsweise teilweise gegensätzlich. Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags benennt vier Ursachenkomplexe, die in Frage kommen (Tabelle 1):

Eine andere Klassifizierung der Motive ist die Einordnung nach folgenden Aspekten (Deutscher Bundestag 2002: 51f):

- altruistisch (Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung),
- gemeinschaftsbezogen (Kommunikation und soziale Integration),

Tabelle 1: Beweggründe für bürgerschaftliches Engagement

1. Altruistische Motive	<ul style="list-style-type: none"> - Solidaritätsgefühl für Arme und Notleidende - Mitgefühl oder Mitleid - Identifikation mit Menschen in Not - benachteiligten Menschen Hoffnung zu schenken - der Menschenwürde gerade von Armen und Benachteiligten Achtung zu verleihen
2. Instrumentelle Motive	<ul style="list-style-type: none"> - neue Erfahrungen und Fähigkeiten zu erlangen - sinnvolle Nutzung der Freizeit - andere Menschen zu treffen, Kontakte zu knüpfen - persönliche Zufriedenheit zu finden - sinnvolle Beschäftigung, Einsatz
3. Moralisch-obligatorische Motive	<ul style="list-style-type: none"> - moralische oder religiöse Pflichten - humanitärer Beitrag für die Gemeinschaft - Buße zu leisten - politische Verpflichtungen und Wertekonzeptionen
4. Gestaltungsorientierte Motive	<ul style="list-style-type: none"> - aktive Partizipation und Mitbestimmung - Kommunikation und soziale Integration - Veränderung gesellschaftlicher Missstände

Quelle: *Deutscher Bundestag* 2002: 51

- gestaltungsorientiert (aktive Partizipation und Mitbestimmung),
- problemorientiert (Bewältigung eigener Probleme und Veränderung gesellschaftlicher Missstände),
- entwicklungsbezogen (personal growth, Selbstverwirklichung).

Es wurde bereits angesprochen, dass sich auch die Motivationen der Engagierten im Zuge des Strukturwandels beim Ehrenamt änderten: sie wurden weniger pflicht- und mehr selbst-bezogen. Mit anderen Worten, die Motivation verschob sich von altruistischen Motiven hin zu dem Wunsch einer stärkeren Mitgestaltung des eigenen Umfelds und einer Bereicherung der individuellen Erfahrungen und Kompetenzen (von 1. zu 2. in Tabelle 1). Dies kann vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Wandels gesehen werden, wonach die individuelle Selbstentfaltung einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Interessant ist der nur scheinbare Widerspruch zwischen diesem abnehmenden Altruismus und einem gleichzeitigen Trend zu einer stärkeren Gemeinwohlorientierung (zum Beispiel Bürgerrechtsorganisationen, ökologische und politische Bewegungen). Klages (in *Deutscher Bundestag* 2002: 52) spricht dabei von einem „kooperativen Individualismus“: diese beiden Pole widersprechen sich nicht, sondern stellen ein gemeinsames Motivbündel für ein bürgerschaftliches Engagement dar. Die steigende Selbstorientierung muss also nicht zu einem Bedeutungsverlust solcher Engagements führen. Allerdings müssen sich Politik und Gesellschaft auf die geänderten Verhältnisse einstellen und sowohl die betreffenden Einrichtungen in Struktur und Organisation den Motiven der potenziell Engagierten anpassen, als auch sich um bessere Rahmenbedingungen bemühen, um die bereits Engagierten zu unterstützen.

Individueller Nutzen

Der Nutzen bürgerschaftlichen Engagements für den Einzelnen ist vielfältig. Solche Tätigkeiten sind prosoziale Kompetenzen, die man im familiären, nachbarschaftlichen oder freundschaftlichen Umfeld erwirbt und die letztendlich Ausdruck der Sorge um sich und andere sind. Wichtig ist dabei das Gefühl, einer Gruppe anzugehören, Wertschätzung zu erfahren, eine Wirkung auszuüben, aber auch zu helfen, zu pflegen und zu schützen (*Boothe 2007*). Die Aussicht auf Selbstverwirklichung und Bestätigung ist ein wichtiger Motivator. Der Nachteil solcher Tätigkeiten ist das Risiko, dass man positive Rückmeldungen beziehungsweise Dank nicht einfordern kann und dies daher Frustrationspotenzial birgt.

Bürgerschaftliche Engagements fördern die demokratische Kompetenz. Sie gründen meist auf einer Selbstorganisation der Beteiligten und üben oft gesellschaftlichen Einfluss aus. Gerade für junge Bürgerinnen und Bürger ist daher ein Engagement eine wichtige Gelegenheit, sich gesellschaftlich zu beteiligen und Einfluss auszuüben. Ebenso bedeutsam ist die Förderung informeller Lernprozesse durch solche Tätigkeiten. Diese sozialen Kompetenzen („soft skills“, interkulturelle Kompetenzen) werden gerade im Übergang zu einer Wissensgesellschaft immer wertvoller (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004: 43-44*).

Ein im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel häufig genannter Aspekt ist der positive Einfluss auf die Lebenssituation Älterer. Bürgerschaftliche Engagements sind auch ein Gradmesser für ein aktives, selbst bestimmtes Leben im Alter, denn sie hängen vor allem vom Gesundheitszustand und sozioökonomischen Status der Beteiligten ab. Immer wieder konnte der positive Effekt auf den Gesundheitszustand nachgewiesen werden (*Hank et al. 2006*). Dieser Effekt zeigt sich noch in höheren Altersstufen (*Warburton/Peel 2008*). Positiv ist auch die allgemeine Wirkung auf Zufriedenheit und Wohlbefinden von älteren Menschen.

Solche Engagements können aber auch dazu beitragen, die Senioren innerhalb und zwischen den Generationen gesellschaftlich stärker einzubinden. Angesichts der fortschreitenden Individualisierung der Gesellschaft und des Zerfalls der Familienstrukturen kommt den Netzwerken im Alter eine immer stärkere Bedeutung zu.

Die bürgerschaftlichen Engagements sind wichtige Bausteine eines „aktiven Alterns“ (*WHO 2002*). Wenn es gelingt, mit einer entsprechenden Sozialpolitik die Lebensbedingungen und die gesellschaftliche Teilhabe der Senioren in Form eines Engagements zu verbessern, dann können mehr Ältere ihr „drittes Alter“ in guter Verfassung und Gesundheit verbringen. Denn das aktive Altern umfasst die Erschließung und Ausweitung neuer Aktivitätsbereiche mit vielversprechenden Potenzialen, wie zum Beispiel beim bürgerschaftlichen Engagement.

Gesellschaftlicher Nutzen

Bürgerschaftliche Engagements werden – nicht zuletzt im Zuge der Diskussion um den demographischen Wandel und die Neugewichtung öffentlicher Ausgaben – als wichtige gesellschaftliche Ergänzung und Bereicherung gesehen. Sie erzeugen zum einen „soziales Kapital“ (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004: 43*), also die Gesamtheit an Vertrauen, Solidarität und die Bereitschaft zur Kooperation, die für eine funktionierende Gesellschaft wichtig ist. Die Elemente bürgerschaftlichen Engagements sind Grundvoraussetzung für die Entstehung und Förderung dieses sozialen Kapitals.

Bürgerschaftliche Engagements sind darüber hinaus elementare Bestandteile einer „Bürgergesellschaft“ (Zivilgesellschaft), also eines Gemeinwesens, in dem sich Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Prinzipien selbst organisieren und Verantwortung übernehmen können. Zusammen mit dem Staat und der Wirtschaft erbringt die Bürgergesellschaft soziale Leistungen („welfare mix“). Ganze Institutionen (zum Beispiel die Kirche) könnten ohne enga-

gierte Bürgerinnen und Bürger nicht existieren. Für den Staat sind solche Tätigkeiten vor allem als Ergänzung zu staatlichen/kommunalen Leistungen wichtig – insbesondere dort, wo deren Bereitstellung in Zukunft schwieriger wird (zum Beispiel in demographischen Schrumpfungsregionen).

Frech (2007: 202) unterscheidet vier Diskussionsstränge, in denen sich der gesellschaftliche Nutzen bürgerschaftlichen Engagements zeigt:

1. Demokratietheoretisch geht es darum, wie bestimmte Elemente des bürgerschaftlichen Engagements eine repräsentative Demokratie ergänzen können (Stichwort „Bürgergesellschaft“).
2. Die wohlfahrtsstaatliche Ebene dreht sich um die Frage, wie solche Engagements angesichts eines reformierten Sozialstaates und einer neuen Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger in staatliche Leistungen integriert werden können.
3. Politisch-ethisch stellt sich „die Frage nach den zivilethischen Grundlagen gemeinwohlorientierter Handlungen“.
4. Verwaltungswissenschaftlich geht es konkret um die potenzielle Ergänzung öffentlicher (vor allem kommunaler) Leistungen durch bürgerschaftliches Engagement.

Zusammenfassung

- Das bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens.
- Im Zuge des demographischen Wandels wird die Rolle Älterer dabei wichtiger.
- Beim bürgerschaftlichen Engagement sind Individualisierung, Pluralisierung und Motivationswandel die bestimmenden Trends.
- Die positiven Effekte auf den Einzelnen sind vielfältig: Wertschätzung, Selbstbestätigung, demokratische und soziale Kompetenzen, Gesundheit und Wohlbefinden sowie stärkere Einbindung in Netzwerke.
- Gesamtgesellschaftlich tragen Engagements zur Bürgergesellschaft und zum sozialen Kapital bei; die erbrachten Leistungen sind für private und staatliche Institutionen eine wichtige Ergänzung und Stütze.

2 Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Angebotsstrukturen

2.1 Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und kommunalen Angebotsstrukturen

Der demographische Wandel hat eine ausgeprägte räumliche Komponente (vergleiche Kapitel 3.1). Es gibt zwar insgesamt einen Trend der Alterung, daneben aber große regionale Unterschiede. Noch mehr gilt das für die Bevölkerungsentwicklung: auch künftig stehen Wachstumsregionen solchen mit abnehmender Einwohnerzahl gegenüber. Die prognostizierte Spanne ist dabei groß. Der demographische Wandel berührt daher nicht nur gesamtstaatliche Bereiche. Aufgrund seiner regionalen Unterschiede können viele Handlungsfelder nur auf kommunaler Ebene angegangen werden. Vor allem der Versorgung mit Infrastruktur, also den kommunalen Angebotsstrukturen, kommt im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung eine Schlüsselrolle zu. Infrastrukturen im weiteren Sinne sind alle „materiellen Einrichtungen und Dienstleistungen einer Region, die die Grundlage für die Wahrnehmung menschlicher Daseinsfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Erholung, Verkehr, Kommunizieren etc.) bilden“ (*Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* 2006: 21). Dazu zählen Einrichtungen der technischen wie der sozialen Infrastruktur. Zusammen bilden sie den Grundstock der „öffentlichen Daseinsvorsorge“, also das staatliche Angebot einer Grundversorgung der Einwohner.

Wie wirkt die Demographie auf die Infrastrukturausstattung? Das geschieht zum einen über die Bevölkerungsgröße, zum anderen über die Altersstruktur. Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ist für die Planung infrastruktureller Einrichtungen unerlässlich: wie hoch ist die Zahl der (potenziellen) Nutzer einer Einrichtung und wie hoch wird sie in Zukunft sein? Ebenso wichtig ist die Altersstruktur der Bevölkerung beziehungsweise Nutzer, denn eine Vielzahl von Einrichtungen ist an die Alterszusammensetzung der Klientel oder an eine bestimmte Altersgruppe gekoppelt. Kombiniert man beide Aspekte, dann erhält man einen demographischen Trend, der vor allem den ostdeutschen Kommunen zu schaffen macht: eine schrumpfende und alternde Bevölkerung. Besonders schwierig wird es, wenn geburtenschwache Jahrgänge abrupt auf geburtenstarke folgen, wie in Ostdeutschland nach dem dramatischen Geburteneinbruch um 1990. Dies bedeutet eine zusätzliche Planungsunsicherheit für die Politik.

Auf der anderen Seite kann es auch weiterhin zu Phasen mit einem abwechselnd wachsenden und schrumpfenden Nachfragepotenzial kommen. Die Demographie wirkt eben nicht nur in eine Richtung: es gibt auch Kommunen, die sich infrastrukturell an zunächst noch wachsende Nachfragegruppen anpassen müssen. Problematisch wird es dann, wenn innerhalb einer Kommune Infrastrukturen in Zuzugsgebieten ausgebaut, in Wegzugsgebieten dagegen abgebaut werden müssen. Darüber hinaus verändert sich die altersspezifische Nachfrage nach Infrastruktur auch, wenn zum Beispiel altershomogene Quartiere geschlossen altern, wie es in Neubaugebieten häufig vorkommt. So entstehen doppelte Kosten. Neben solchen quantitativen Veränderungen hat die Demographie auch qualitative Auswirkungen auf die Nachfrage, wie etwa beim Trend zur Singularisierung auf dem Wohnungsmarkt.

Die Demographie hat also unmittelbaren Einfluss auf die Nachfragestruktur infrastruktureller Einrichtungen und beeinflusst damit ihre Auslastung. Solche Einrichtungen können selten kostenneutral an eine Zu- oder Abnahme von Nachfrage und Auslastung angepasst werden: hier spielen Fixkosten, langfristige Vertragsbindungen und Mindestverbräuche eine Rolle. Dies wird umso schwieriger, wenn die Veränderung sehr schnell vonstatten geht, wie bei der Abwanderung aus Ostdeutschland – wohingegen die Ausgabenseite in der Regel nur langsam angepasst werden kann. Schrumpfungsprozesse werden damit die Infrastrukturplanung in Zu-

kunft dominieren. Im Folgenden wird beschrieben, welche Bereiche in welchem Maße betroffen sind. In den meisten Bereichen sind dabei mehr oder weniger starke Ergänzungen durch bürgerschaftlich Engagierte denkbar.

2.2 Angebotsstrukturen in alternden und schrumpfenden Kommunen²

2.2.1 Verkehr und Mobilität

Der Rückgang der Bevölkerung führt zu einer zurückgehenden Verkehrsleistung im motorisierten Individualverkehr. In zehn bis fünfzehn Jahren ist sogar mit einem starken Rückgang der Verkehrsleistung zu rechnen, da vor allem der Anteil der besonders mobilen jüngeren und mittleren Altersgruppen immer kleiner wird. Es wird zwar angenommen, dass Ältere in Zukunft mobiler sind als heute. Dieser Trend kann die Abnahme in den besonders mobilen Altersgruppen aber nur teilweise ausgleichen. Daher muss die Aufmerksamkeit in peripheren Gebieten künftig stärker auf den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur statt auf den Ausbau gerichtet werden. Auch der ÖPNV wird sich durch den demographischen Wandel verändern müssen. Ältere Menschen legen besonderen Wert auf die Erschließung ihres nahen (Wohn)Umfeldes. Eine Erhöhung der Haltestellen- und Liniendichte kommt ihnen mehr entgegen als ein Ausbau schneller Hauptverkehrsachsen. Dazu kommt die seniorengerechtere Gestaltung von Innenstädten, Gehwegen und Fahrzeugen. Anders sieht es in manchen ländlichen Gebieten aus. Hier wird das vorhandene ÖPNV-Netz aufgrund sinkender Fahrgastzahlen nur mit Mühe aufrechtzuerhalten sein. Neben der Reduzierung der Taktzeiten und der Verkleinerung der Netze sind Abrufbusse und Sammeltaxis weitere Möglichkeiten, um auf die demographischen Veränderungen in dünn besiedelten Räumen zu reagieren.

2.2.2 Wohnungsmarkt

Am Wohnungsmarkt reduziert sich langfristig der Bedarf an Wohnungen, der zunächst durch den Trend zu mehr Haushalten mit größeren Wohnflächen pro Kopf noch steigt. Der demographische Wandel kann aber auch nachfragefördernd wirken, etwa durch den Bedarf an kleineren Wohnungen für Ältere oder Alleinstehende. Die Alterung wird die Anforderungen an das Wohnen ändern (altengerechtes Wohnen, alternative Wohnformen). Auf der anderen Seite möchte die überwiegende Mehrheit der Seniorinnen und Senioren möglichst lange in den eigenen vier Wänden wohnen, was Anpassungen an ein barrierefreies Wohnen und eine Ergänzung durch soziale und pflegerische Dienstleistungen erfordert. Diese Trends bergen ein großes Wachstums- und Tätigkeitspotenzial – auch für bürgerschaftlich Engagierte.

2.2.3 Netzgebundene Infrastruktur

Zu den Versorgungs- und Entsorgungssystemen, die auf eine Anbindung der Nutzer an ein Netz beruhen, gehören die Systeme der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung, und die Versorgung mit Wärme und Energie. Der Trend ist klar: zukünftig gibt es insgesamt weniger Nutzer, allerdings regional verschieden. Zu einer Verkleinerung bestehender Netze wird es aber nur vereinzelt kommen. Denn durch die geringere Zahl an Nutzern verliert das Versorgungsnetz zwar an Dichte, seine Ausdehnung bleibt jedoch nahezu unverändert („Kostenremanenz“). Mit der sinkenden Zahl an Nutzern beziehungsweise der individuellen Auslastung fallen dabei nicht automatisch auch die Kosten. Im Gegenteil: die umzulegenden Kosten steigen durch Umlage der bestehenden, unveränderten Fixkosten – darunter auch diejenigen für die Abschreibung der ursprünglichen Investition in die Netze – auf nun weniger Haushalte an.

² Dieses Kapitel entstand in Zusammenarbeit mit Philip Graze, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Die geringere Auslastung der Netze führt außerdem teilweise zu einem erhöhten Wartungsbedarf, der wiederum die umzulegenden Betriebskosten steigen lässt. Eine Kosteneinsparung ist nur möglich, wenn ausgehend von den Netzen die Netzfläche reduziert wird.

2.2.4 *Bildungsinfrastruktur*

Künftig ist in den meisten Bildungseinrichtungen ein ähnlicher Abwärtstrend zu erwarten: die Schülerzahlen und damit die Auslastung sinken. Eine Schulschließung kommt dann in Betracht, wenn eine festgelegte Schülerzahl im Schuleinzugsbereich dauerhaft unterschritten wird. In Großstädten ist eine Schulschließung weniger problematisch als in ländlichen Regionen, weil hier die nächste Schule für die Schüler nicht allzu weit entfernt liegt. Auf dem Land entstehen durch Schließungen vor allem für jüngere Schüler Belastungen durch verlängerte Schulwege und Fahrzeiten, wobei den Einsparungen die Kosten für den Schülertransport gegengerechnet werden müssen. Eine Gemeinde, die Schulen schließt, kann für jüngere Familien unattraktiv werden und die negative Bevölkerungsentwicklung, die zur Schulschließung geführt hat, weiter verstärken. Eine alternative Lösung ist ein Filialschulkonzept, bei dem mehrere Schulstandorte über eine gemeinsame Schulorganisation mit einer Verwaltung verfügen. Eine weitere Möglichkeit ist ein bildungsgangübergreifendes Schulangebot, welches die Real- mit der Hauptschule verbindet und gezielt auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Denkbar ist auch das bereits erfolgreich erprobte jahrgangsübergreifende Lernen in Kleinschulen. Anders als bei Schulen können dagegen im universitären Bereich einzelne Standorte langfristig zusammengeschlossen werden, um Größenvorteile zu nutzen. Hochschulen haben dabei allerdings eine Schlüsselrolle für die sozioökonomische Entwicklung einer Region und sind für die Bewertung der so genannten „weichen Standortfaktoren“ wichtig.

2.2.5 *Soziale und kulturelle Infrastruktur*

Der demographische Wandel führt dazu, dass die Auslastung der für die jüngeren Bevölkerungsgruppen bestimmten Infrastruktur sinken, der Infrastrukturbedarf für ältere Bevölkerungsgruppen dagegen zunehmen wird. Dazu zählen in erster Linie Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und Pflege. Da heute noch der Großteil der Altenpflege in der Familie geleistet wird, ist angesichts des Trends zu kleineren Haushalten mit weniger Kindern, kleineren Verwandtschaftsnetzen, steigender Individualisierung und wachsender beruflicher Standortmobilität mittelfristig ein Rückgang der häuslichen Pflege und eine gesteigerte Nachfrage nach seniorenbezogenen Infrastrukturangeboten zu erwarten. Andere Versorgungs-, Freizeit-, und Kultureinrichtungen (Theater, Konzertsäle, Bibliotheken und Sportstätten, Bürgerzentren) müssen dagegen einen Rückgang potenzieller Nutzer ihrer Einrichtung einkalkulieren – allerdings regional unterschiedlich und abhängig von ihrer jeweiligen Ausrichtung auf die alternde Bevölkerung. Aufgrund des Kostendrucks der Kommunen werden ein Abbau und eine Zusammenlegung der Einrichtungen wahrscheinlicher. Die rückläufige Auslastung ist bis 2020 zunächst nur in Schrumpfungsregionen mit hoher Abwanderung zu erwarten, danach ist eine flächendeckende Unterauslastung wahrscheinlich. Probleme sind auch bei der freiwilligen Feuerwehr und den anderen ehrenamtlichen Hilfsdiensten zu befürchten, wo der Nachwuchs fehlen wird.

In der Gesundheitsversorgung wird durch den Bevölkerungsrückgang eine geringere Zahl an Patienten erwartet, die jedoch eine umfangreichere Versorgungsleistung beanspruchen. Der Rückgang der Patientenzahl bei steigendem Versorgungsbedarf des Einzelnen, der medizinische Fortschritt und der Kostendruck werden zu einer neuen Arbeitsteilung zwischen Krankenhäusern in der Fläche und spezialisierten Einrichtungen führen, die besondere Versorgungsbedürfnisse bündeln werden. Im ambulanten Bereich bereitet die Nachbesetzung von Arztpraxen in einigen ländlichen Gebieten bereits heute Schwierigkeiten.

Folgende Ansätze können helfen, den demographischen Wandel zu bewältigen:

- flexible Kapazitätsauslegung, um sich an die variable Nachfrage anpassen zu können;
- Konzentration auf weniger Einrichtungen, um höhere Auslastungen zu erzielen;
- sektorübergreifende Nutzungen multifunktionaler Einrichtungen (zum Beispiel ein Bürgerzentrum mit Bibliothek, Jugendheim und Sozialstation);
- interkommunale Kooperation – besonders Gemeinden in Randlagen könnten hiervon profitieren;
- Einbindung alternativer Träger und der Ausbau von Selbsthilfe (zum Beispiel der Bau eines Schwimmbades durch die Kommune und die anschließende Bewirtschaftung durch einen Sportverein).

2.3 Bürgerschaftliches Engagement als kommunales Infrastrukturpotenzial

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass die kommunale Versorgung mit infrastrukturellen Einrichtungen in Zukunft in einigen Regionen auf den Prüfstand gestellt werden muss. Bürgerschaftliches Engagement leistet bereits heute in vielen Bereichen wichtige Aufgaben. Wie kann es in Zukunft die Situation in den Kommunen unterstützen und wie kann die Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements durch die Kommunalpolitik unterstützt werden?

Große Hoffnungen werden im Zuge der Alterung in die Seniorinnen und Senioren gesetzt. Hier werden noch ungenutzte Potenziale vermutet (vergleiche Kapitel 4.3). Zwar engagieren sich die meisten Älteren immer noch in traditionellen Bereichen wie Kirche und Freizeitstätten, neuere Angebote (Selbsthilfegruppen, politische Arbeit) werden dagegen noch wenig nachgefragt. Dennoch wächst die Beteiligung in berufsbezogenen Bereichen, die auf das Wissen und die Erfahrung Älterer setzen. Hierfür stehen Programme wie „Erfahrung ist Zukunft“ oder „Alter schafft Neues“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Engagementpotenziale, die sich aus der Alterung für die Kommunen ergeben, konzentrieren sich vor allem auf den sozialen Bereich, auf Freizeit und Kultur. Wichtig ist, die Angebote besser auf die Bedürfnisse und Ansprüche der Älteren zuzuschneiden. Es muss allerdings eingeschränkt werden, dass die Beteiligung von Seniorinnen und Senioren vom persönlichen Lebenslauf abhängt – wer in jüngeren Jahren nicht aktiv war, wird sich im Alter mit einer neuen Aufgabe schwerer tun.

Aber auch die jüngeren Altersgruppen stehen im Zuge der Diskussion um eine Substitution kommunaler Angebote im Fokus, zum Beispiel ihr Potenzial für den Bereich Kinder- und Familienangebote. Vor allem ländlich-periphere Regionen könnten angesichts mangelnder Ausstattung und schrumpfender Bevölkerung (vergleiche Kapitel 2.2) künftig von Angebotsengpässen betroffen sein. Offen ist, inwieweit sich die Nachfrage nach ergänzender bürgerschaftlicher Beteiligung auch künftig traditionell auf die Frauen konzentriert, oder ob die männliche Bevölkerung stärker einbezogen wird – insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen.

Ein weiteres Potenzial wird in dem Engagement von Migrantinnen und Migranten gesehen. Hier gibt es bereits zahlreiche Pilotprojekte und Selbstorganisationen, die sich explizit auf diese Gruppe konzentrieren und wichtige Integrationsaufgaben erfüllen. Gerade in den größeren Städten wird dies künftig ein wichtiger Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements werden. Das gleiche gilt für die Integration von Spätaussiedlern, die sich aber räumlich weniger konzentrieren und oft im ländlichen Raum angesiedelt haben.

Insgesamt gibt es mittlerweile zahlreiche kommunale Projekte und „gute Beispiele“, die sich mehr oder weniger um bürgerschaftliches Engagement drehen. Viele davon stellen diesen

Aspekt, oft verbunden mit einer Fokussierung auf ältere Menschen, in den Mittelpunkt. Beispielsweise seien die Zusammenstellungen in *Hollbach-Grömig et al. (2006)*, *Mattern (2006)* und *Staatskanzlei des Landes Brandenburg (2007)* genannt.

Klie (2007) sieht in der stärkeren Ausrichtung auf bürgerschaftliches Engagement eine Chance auf eine größere Zukunftsfähigkeit der Kommunen. So ist die Finanzsituation der Regionen, die konsequent auf einen solchen Ausbau setzen, günstiger und durch das Zusammenspiel verschiedener Sektoren im Engagementbereich wird ein fiskalischer Mehrwert produziert, der sonst nicht realisiert worden wäre. Eine Vorreiterrolle nimmt zum Beispiel Eichstetten im Kaiserstuhl ein, das schon frühzeitig Aufgaben im Bereich der Pflege und Schülerbetreuung an bürgerschaftlich Engagierte abgegeben hat.

Generell kann bürgerschaftliches Engagement also kommunale Angebote stützen, übernehmen oder ausweiten. Übernommen in Selbstorganisation werden oft Einrichtungen und Angebote, die sonst von der Kommune aufgegeben worden wären. Durch das eigenverantwortliche Engagement wird aber auch ein neues Spektrum an Leistungen geschaffen. Bürgerschaftliches Engagement ist also eine Bereicherung für die Kommune. Gleichzeitig ist es ein positiver „weicher“ Standortfaktor für die Region und kann damit wieder eine günstige Bevölkerungsentwicklung fördern, zum Beispiel weil eine hohe Lebensqualität durch bürgerschaftliches Engagement Gemeinden für Zuwanderer attraktiv macht. Freilich darf eine stärkere Orientierung hin zu mehr Engagement nicht dazu führen, dass sich die Kommune aus bestimmten Aufgaben und Angeboten zurückzieht. In strukturschwachen, schrumpfenden Gemeinden ist bürgerschaftliches Engagement vielleicht eine wichtige Stütze, um bestimmte Leistungen und Angebote überhaupt noch aufrechterhalten zu können. In besser gestellten oder prosperierenden Regionen kann es dagegen auch weiterhin eher als Ergänzung und Bereicherung wirken.

Ziel der Kommunalpolitik muss es sein, als Querschnittsaufgabe das Engagementpotenzial zu fördern und eine Beteiligung von Interessierten zu ermöglichen. Nötig sind klare Zuständigkeiten und verlässliche Ansprechpartner. Außerdem sind folgende Maßnahmen wichtig (unter anderem *Heinze 2005: 99*):

- Erhalt und Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur (zum Beispiel Seniorenbüros, Agenturen), ergänzt durch Informations- und Unterstützungsangebote, die den Start ins bürgerschaftliche Engagement vereinfachen;
- Vernetzung von Angeboten, die die Gestaltung des Verhältnisses von hauptamtlicher und freiwilliger Arbeit begleiten;
- eine Kultur der Motivation für bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln;
- soziale Ungleichheiten beim Engagement abzubauen;
- das Beratungsangebot zu verbessern;
- die Erreichbarkeit der Einrichtungen für Ältere sicherzustellen.

Keupp (2002) spricht dagegen von der Idee einer „kommunalen Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“. Es sei sinnvoller, einzelne Einrichtungen zu Anlaufstellen zu vernetzen, statt weiter auszubauen und zu differenzieren. Damit würden Doppelangebote vermieden und Ressourcen gebündelt. Hier bieten sich vor allem Träger an, die an einem Ort mehrere Einrichtungen betreiben. Wichtig ist es, die Informationen und Angebote auf die betreffenden Zielgruppen auszurichten, wobei dies bei bereits bestehenden Gruppen einfacher gelingt. Entscheidend sind aber auch das Selbstverständnis und die aktive Mitarbeit der kommunalen Akteure und Beschäftigten. Ziel der kommunalen Politik könnte letztendlich ein inte-

griertes, stadtteilorientiertes Infrastrukturkonzept sein. *Keupp* (2002: 20f.) benennt folgende Qualitätsstandards für die kommunale Infrastruktur:

- Die Schaffung eines kommunal zentrierten Förderzentrums: dieses Zentrum sollte zielgruppenorientiert nach Bereichen aufgebaut sein, es sollte entweder verbandsunabhängig, oder wenigstens handlungsautonom sein;
- ein dem Engagement förderliches politisches Klima in den Kommunen;
- eine kooperativ gestaltete Schnittstelle zur Kommunalverwaltung;
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse nach Qualifizierung und Weiterbildung der Engagierten, möglichst mit einer Schnittstelle der Förderstruktur zum Bildungsbereich;
- eine ausreichende Finanzierung der Förderstrukturen, möglichst als gemeinsame Aufgabe des Landes und der Gebietskörperschaften,
- die Bildung von Fonds für spezielle kommunale Projekte.

Zusammenfassung

- Viele Handlungsfelder, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, können nur auf kommunaler Ebene angegangen werden.
- Vor allem die Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur wird vor Herausforderungen gestellt.
- Bürgerschaftliches Engagement kann hier ergänzend und stützend wirken, es kann eine Bereicherung und ein Standortvorteil für die Kommune sein.
- Das darf aber nicht dazu führen, dass sich Kommunen aus Angeboten zurückziehen.
- Potenziale werden vor allem bei Älteren gesehen, aber auch bei Migrantinnen und Migranten.
- Wichtig ist ein kommunalpolitischer Ansatz, der das Engagement und die Engagierten gezielt und zentral fördert.

3 Regionaler demographischer Wandel und kommunale Angebotsstrukturen

3.1 Regionaler demographischer Wandel

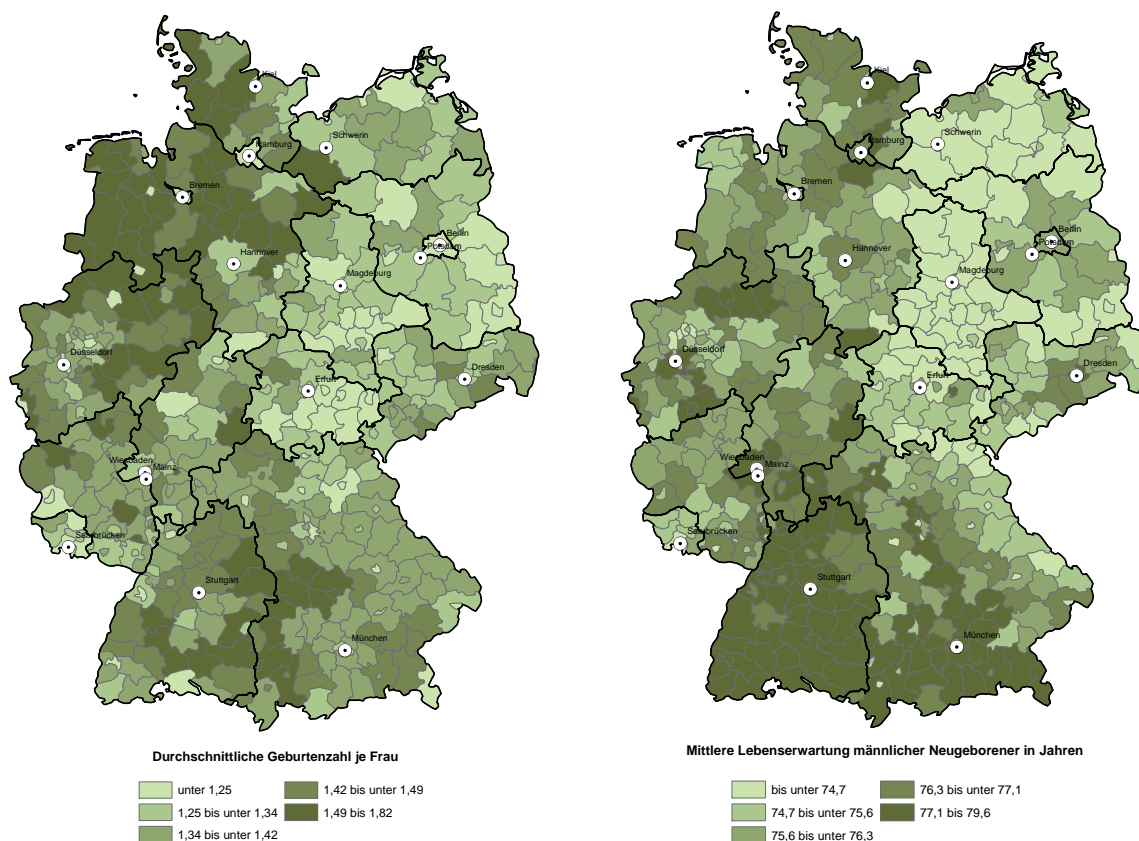
3.1.1 Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Der demographische Wandel in Deutschland wird von den Veränderungen in der Altersstruktur („Alterung“), den Veränderungen in der Bevölkerungsdynamik („Schrumpfung und Wachstum“) und von der zunehmenden Heterogenisierung der Bevölkerung („Zuwanderung, Integration“) bestimmt. Diese demographischen Trends weisen räumliche Muster auf, die in ihrer Entwicklung relativ beständig sind. Die regionalen Differenzen der Fertilität, der Mortalität, der Altersstruktur und des Wanderungsverhaltens innerhalb eines Landes können allerdings beträchtlich sein. Die Muster sind unter anderem Folgen von unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, sozioökonomischen Strukturen und regional-kulturellen Eigenheiten. Die spezifischen demographischen Prozesse beeinflussen wiederum die Entwicklung einer Region. Eine günstige demographische Entwicklung stellt einen positiven Standortfaktor dar. Vor allem Binnenwanderungen spielen eine umso wichtigere Rolle, je kleiner die räumliche Betrachtungsebene wird.

Bei den regionalen Mustern der **Fertilität** fällt die relativ große Spannweite der Geburtenziffern auf (*Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2008*). Im Durchschnitt der Jahre 2003 bis 2005 (vergleiche Abbildung 1) lag die Spannweite bei der durchschnittlichen Geburtenzahl bei knapp 0,9 Kindern je Frau; von 0,93 (Kreisfreie Stadt Würzburg) bis 1,82 (Landkreis Cloppenburg). Auch heute noch ist vor allem ein Ost-West-Gegensatz räumlich abgrenzbar. Seit Anfang der 1990er Jahre differenzierte sich die Geburtenentwicklung aufgrund des dramatischen Rückgangs in Ostdeutschland regional stark aus. Die Fertilitätsziffern fielen dort bis Mitte der 1990er Jahre stark ab und stiegen in den letzten Jahren wieder deutlich an. Mittlerweile haben die Ost-Regionen immerhin das Niveau der West-Städte erreicht beziehungsweise überschritten. Im Westen veränderten sich die Fertilitätsziffern regional in den letzten Jahren nur wenig, wobei sie tendenziell eher etwas sanken. Die regionalen Muster unterscheiden sich auch siedlungsstrukturell: im suburbanen beziehungsweise ländlichen Raum ist die Fertilität höher, auch wenn dieser Unterschied abgenommen hat. Vor allem Großstädte (mit Universitäten) ragen mit einer unterdurchschnittlichen Fertilität heraus. In Ostdeutschland sind die regionalen Unterschiede weniger ausgeprägt, wobei auch hier die suburbanen Regionen die höchsten Werte aufweisen. Neben dem Ost-West-Muster lassen sich weitere räumliche Schwerpunkte abgrenzen: so liegen die Gebiete mit den höchsten Werten Westdeutschlands im Nordwesten (West-Friesland, Niedersachsen, Westfalen) und Süden (Württemberg, Teile Bayerns), in Ostdeutschland ebenfalls vor allem im Norden und Süden (Teile Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens). Wie sich der jüngst beobachtete gesamtdeutsche leichte Anstieg der Fertilität regional niederschlagen wird, muss abgewartet werden.

Auch bei der **Mortalität** gibt es deutliche regionale Unterschiede, deren Ursachen allerdings schwer zu ermitteln sind. Hierzu gehören aber unter anderem unterschiedliche Risikofaktoren, die sich aus der sozioökonomischen Situation einer Region ergeben. Es könnten aber auch die Folgen selektiver Migrationsprozesse sein (*Kohls 2008*). Deutlich stechen ein Ost-West- und ein Nord-Süd-Gegensatz bei beiden Geschlechtern hervor. Auch innerhalb Ostdeutschlands gibt es ein Nord-Süd-Muster, wobei sich die niedrigste Sterblichkeit auf sächsische Regionen im Süden konzentriert – vor allem die Frauen haben dort eine hohe Lebenserwartung. Diese scheint dem siedlungsstrukturellen Gefälle mit einer höheren Sterblichkeit im ländlichen Raum (*Mai 2004*) zu folgen. Dieses Phänomen ist im Westen allerdings schwächer ausgeprägt. Die höchste weibliche Lebenserwartung bei der Geburt wurde für das Jahr 2005 im Kreis Würz-

Abbildung 1: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau (2003/05) und durchschnittliche Lebenserwartung männlicher Neugeborener (2005) (nach Kreisen)

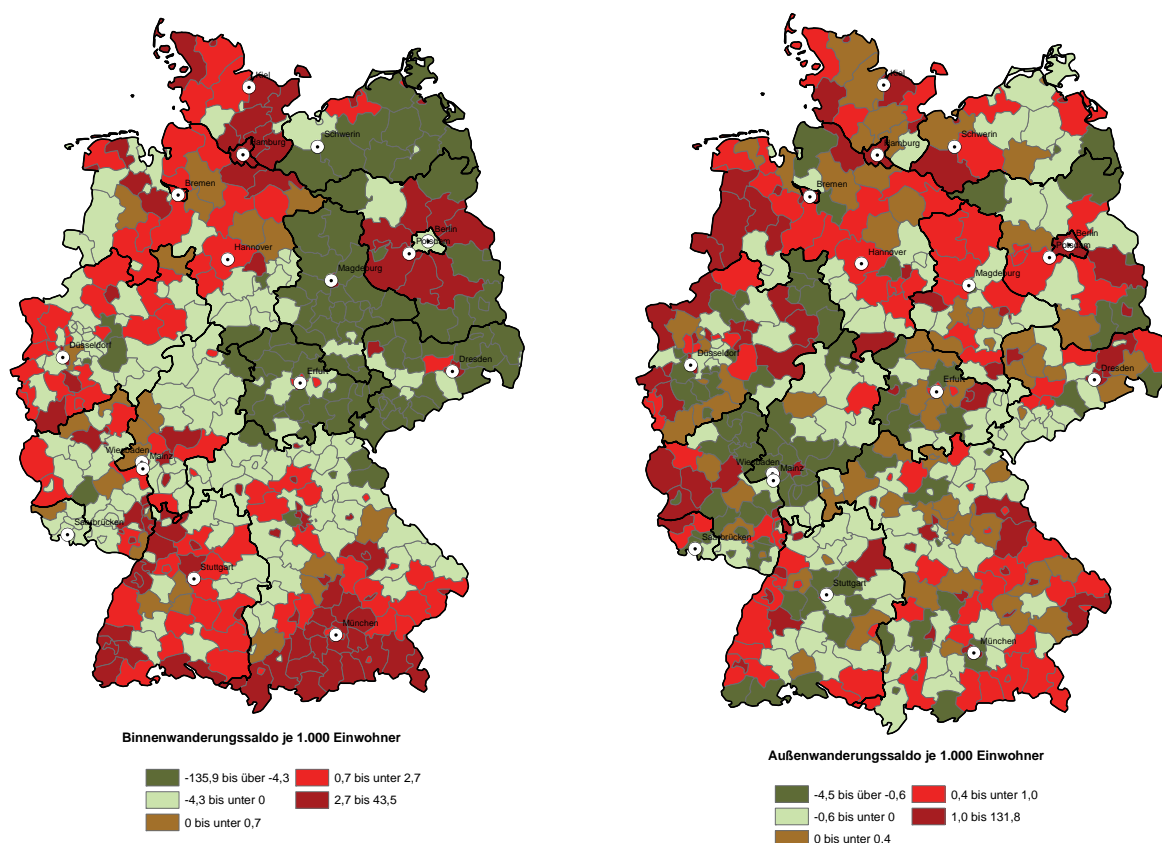


Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2008

burg (83,6 Jahre) gemessen, die niedrigste in der Stadt Pirmasens (77,9 Jahre). Bei den Männern waren es der Landkreis München (79,6 Jahre) und die Stadt Wismar mit 71,7 Jahren. Die regionalen Unterschiede sind also bei den Männern größer als bei den Frauen. Abbildung 1 zeigt die Unterschiede der Lebenserwartung von männlichen Neugeborenen in den Kreisen.

Die **Binnenwanderungen**, also die Wanderungen innerhalb Deutschlands, sind ihrer Logik nach unterschiedlich auf das Staatsgebiet verteilt. In der Summe muss der Saldo jedoch Null ergeben. In Deutschland wechseln gut 3 % der Bevölkerung im Jahr ihren Wohnsitz, wobei die Mobilität in Westdeutschland noch etwas höher ist. Dabei kann die Mobilität nach Alter und Geschlecht deutlich variieren. Am höchsten liegt sie bei den jüngeren Personen mit bis zu 8 % (Bucher/Schlömer 2006: 16). Die stärkste Zuwanderung ist geprägt vom „Suburbanisierungstrend“, also dem Anwachsen des Umlands auf Kosten der Kernstädte. Seit den 1950er Jahren erhöhte sich die Mobilität (vor allem das Pendeln), und viele Familien erfüllten sich ihren Traum vom „Haus im Grünen“ außerhalb der Stadt, während sie in der Stadt weiter ihrem Beruf nachgingen. Die Suburbanisierung hat sich im Laufe der Jahrzehnte mehr und mehr ins fernere Umland ausgebreitet und damit auch zunehmend ländlichen Räumen Wanderungsgewinne verschafft. Inwieweit es neuerdings einen Trend der „Reurbanisierung“ in die Kernstädte gibt, wird kontrovers diskutiert.

Bei den Fernwanderungen waren die Haupttrends eine Nord-Süd- und Ost-West-Verlagerung der Bevölkerung. Auch heute noch sind die südlichen Länder Zuzugsgebiet aus West- und Ostdeutschland. Allerdings wurden die (großräumigen) Binnenwanderungen in Deutschland vor allem in den 1990er Jahren durch den Zuzug von Spätaussiedlern in Aufnahmeeinrichtungen überlagert. Der markanteste Binnenwanderungstrend der letzten Jahre war der zwischen Ost- und Westdeutschland. Insgesamt wanderten von 1990 bis 2006 gut 2,8 Millionen

Abbildung 2: Binnen- und Außenwanderungssaldo im Jahr 2005 (nach Kreisen)

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2008

Personen in den Westen und umgekehrt 1,5 Millionen Personen in den Osten. Damit verlor Ostdeutschland per Saldo rund 1,36 Mio. Einwohner durch Abwanderung.³ Die Zielgebiete sind auf wenige Regionen konzentriert, vor allem auf das Umland von Hamburg, Köln/Bonn, Stuttgart, das südliche Baden und den Großraum München (Abbildung 2). Die Abwanderung aus Ostdeutschland konzentrierte sich mit der Zeit immer stärker auf jüngere Altersgruppen. Außerdem wandern dort, vor allem in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen, deutlich mehr Frauen als Männer ab. Regional konzentriert sich die Abwanderung insbesondere auf die jüngere Bevölkerung aus dem ländlichen Raum.

Die **Außenwanderungen** zeigen ein anderes räumliches Muster (Abbildung 2). Zunächst gibt es einen klaren Ost-West-Gegensatz mit einer Konzentration der Zuwanderung auf die alten Bundesländer. In den neuen Ländern haben nur die großstädtischen Zentren nennenswerte Zuwanderung. Die internationale Zuwanderung konzentriert sich weiterhin weniger auf das Umland oder gar den ländlichen Raum, sondern auf die größeren Städte beziehungsweise Agglomerationen. Die Außenwanderung ist also räumlich deutlich konzentrierter und betrifft vergleichsweise wenige Regionen, was dann im Ergebnis auch für die Aufgaben im Bereich der Integration zutrifft. Die räumlichen Muster scheinen dabei konstanter zu sein als die quantitativen Ausmaße, die über den Zeitverlauf stark schwanken können. Allerdings ist zumindest in den alten Ländern allmählich eine Ausdehnung der Zuwanderung in die Fläche festzustellen. Während in den letzten Jahren der Zuzug ausländischer Personen immer weiter abnahm, stieg im Gegenzug die Abwanderung Deutscher an. Zwischen 2003 und 2005 war die Abwanderung deutscher Staatsbürger ins Ausland vor allem aus Städten und grenznahen Regionen

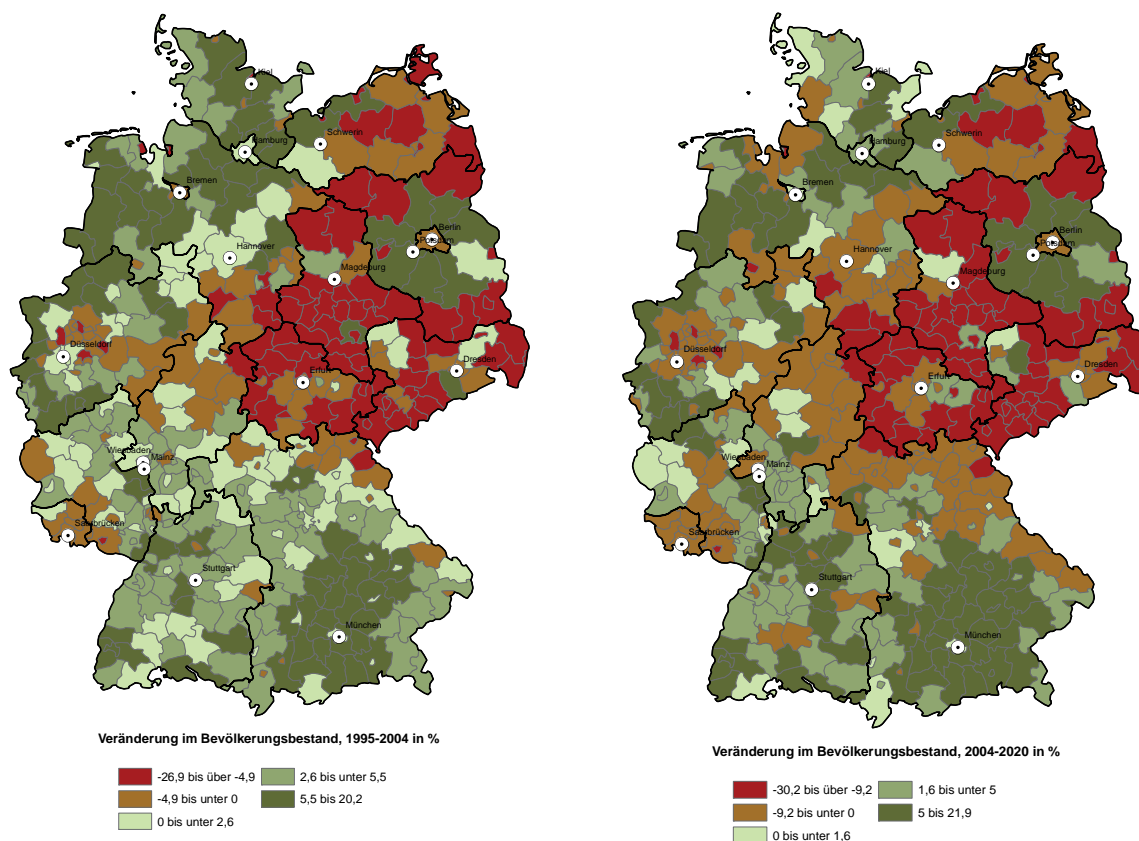
³ 1990: Ost-Berlin zu Ostdeutschland, ab 1991 ohne Berlin.

angestiegen. Diese grenznahen Regionen befinden sich allerdings vor allem in den südlichen Bundesländern; in den neuen Ländern spielt hier die Freizügigkeitsregelung mit Polen eine Rolle (Sauer/Ette 2007: 35f.).

3.1.2 Bilanz der Bevölkerungsentwicklung: Schrumpfung und Wachstum

Wie wirken sich die demographischen Trends auf die Bevölkerungsdynamik aus? In den letzten Jahrzehnten kristallisierte sich eine demographische Zweiteilung Deutschlands heraus. Auf der regionalen Ebene wird dieser Gegensatz zwischen Wachstum und Schrumpfung deutlich. Die Wiedervereinigung und die bestehenden oder entstehenden Ost-West-Gegensätze waren Strukturbrüche in der regionalen Bevölkerungsentwicklung, die sich flächendeckend, aber mit unterschiedlicher Intensität, niedergeschlagen haben. Regionen mit zurückgehenden Bevölkerungszahlen finden sich vor allem in den neuen Ländern. Hier differenzierte sich die regionale Bevölkerungsdynamik deutlich aus, wobei vor allem Mittelstädte und der ländlich-periphere Raum unter Bevölkerungsverlusten zu leiden hatten, während das nähere Stadtumland anwuchs und einzelne Großstädte ihre Bevölkerungszahlen zumindest stabilisieren konnten (Leipzig, Dresden). Auch im Westen hatten einige Kreise in den letzten Jahren einen Sterbeüberschuss, der meist aber durch die Zuwanderung ausgeglichen wurde. Vor allem im Süden, aber auch in West-Niedersachsen und Westfalen fanden sich Kreise mit Geburtenüberschüssen – allerdings weniger wegen eines hohen Geburtenniveaus, sondern eher aufgrund altersstruktureller Effekte. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese Kreise ebenfalls eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung aufweisen. Zuwanderung gab es dagegen in fast allen westdeutschen Kreisen, wo sie die bei weitem häufigste Ursache für Wachstum ist. Aber auch im Westen gibt es bereits heute schrumpfende Bevölkerungen in Teilen des Ruhrgebiets und anderen strukturschwachen Städten sowie in peripheren Regionen im ländlichen Raum (Oberfranken, Nordhessen).

In Zukunft (Abbildung 3) wird dieses Nebeneinander in der Bevölkerungsdynamik bestehen bleiben, auch wenn die schrumpfenden Kreise deutlich zunehmen werden und 2020 die Mehrheit bilden („Paradigmenwechsel vom Wachstum zur Schrumpfung“, Bucher/Schlömer 2006: 22). Das bedeutet gleichzeitig, dass der jetzt noch große Ost-West-Gegensatz abnehmen wird, weil mehr und mehr westdeutsche Regionen in die Schrumpfungsgruppe eintreten werden. Vor allem im längerfristigen Maßstab (nach 2020) könnte diese Entwicklung eine stärkere Dynamik gewinnen. „Festzuhalten ist, dass die Spaltung der Dynamik eine zwar vorübergehende Phase ist, dass dieses Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Kreisen jedoch über viele Jahrzehnte andauert und erhöhte Aufmerksamkeit erfordert“ (Bucher/Schlömer 2006: 29). Trotz der abnehmenden Gegensätze wird auch weiterhin eine „Westdrift“ der Bevölkerung angenommen, also eine Verlagerung durch eine unterschiedliche Bevölkerungsdynamik. Erwartet werden eine großräumige Konzentration der Bevölkerung im Osten und eine groß- wie kleinräumige Dekonzentration der Bevölkerung im Westen. Auch im Westen wird es in Zukunft immer weniger Wachstumsregionen geben, weil die Zuwanderung abnimmt und die Sterbeüberschüsse ein immer stärkeres Gewicht einnehmen. Zu den Wachstumsregionen zählen neben den Großräumen Berlin, München, Hamburg und Frankfurt/Main in geringem Maße auch große Teile Südbayerns und Baden-Württembergs sowie einige Landkreise in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Schrumpfung lässt sich also nicht mehr an einzelnen Gebietskategorien festmachen. Die betreffenden Regionen erstrecken sich keilförmig von Osten über die Mitte Deutschlands bis ins Ruhrgebiet. Darüber hinaus sind das Saarland, einige Kreise an der Nordseeküste sowie ländlich geprägte Gebiete in Baden-Württemberg und Nordbayern von einem Rückgang der Bevölkerungszahlen betroffen. In Ostdeutschland breitet sich der Bevölkerungsrückgang stärker aus, nur einzelne „Stabilitätsinseln“ können sich noch gegen den Trend wehren. Vor allem in denjenigen Regionen ist die Lage problematisch, in denen zu einer Abwanderung noch ein hoher Sterbeüberschuss hinzukommt. Denn dieser bedeutet eine „natürliche“ Schrumpfung, die nicht einfach umgekehrt werden kann.

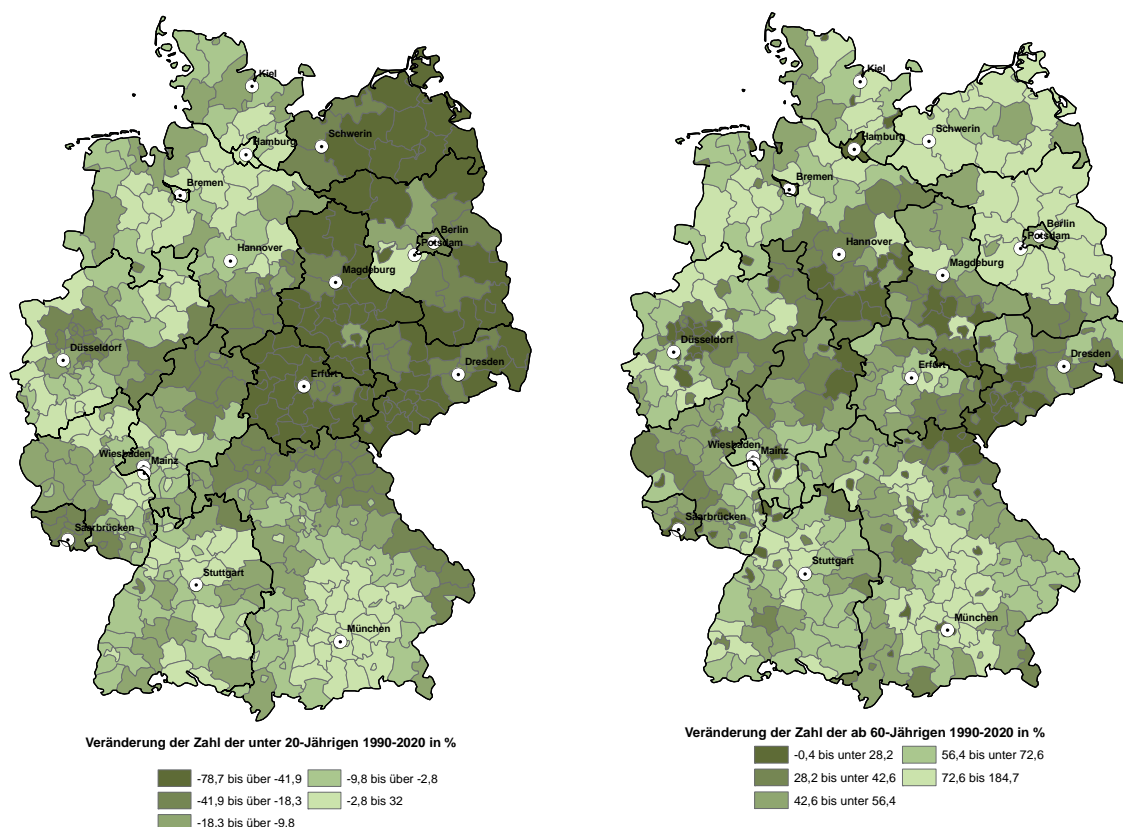
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2020 nach Kreisen (in Prozent)

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2006

3.1.3 Regionale Alterung und Differenzierung nach Altersgruppen

Der zweite beherrschende Trend ist die Alterung. Auch sie ist politisch von großer Bedeutung, weil das Alter der Bevölkerung mit der Verteilung auf die einzelnen Altersgruppen ein entscheidender Faktor für die Bereitstellung von staatlichen Leistungen, Diensten und Infrastrukturen ist. Dies gilt ebenfalls und vor allem für die regionale Seite, also die Kommunen, in denen sich die Alterung sehr differenziert darstellt. Genau dies ist eine Herausforderung, weil dadurch sehr unterschiedliche Handlungsbedarfe entstehen, die oft räumlich nah beieinander liegen.

Wichtig ist die Unterscheidung nach der Alterung von „unten“ (Abnahme der jüngeren Bevölkerung) sowie der Alterung von „oben“ (Zunahme der älteren Bevölkerung). Der Anteil der Älteren an der Bevölkerung nimmt bis 2020 zu, der Anteil der Jüngeren nimmt ab. Dieser Prozess wird über das Jahr 2020 hinaus fort dauern. Besonders starke Alterung findet dort statt, wo beides zusammentrifft (Abbildung 4). Zu DDR-Zeiten war die siedlungsstrukturelle Ausprägung der Altersstruktur in Ostdeutschland im Vergleich zum Westen noch umgekehrt: Städte hatten einen hohen, das Umland einen niedrigen Anteil jüngerer Bevölkerung (unterschiedliche Wohnstandorte). Nach der Wende vollzog sich eine gewisse Angleichung; die Alterung wurde vor allem durch den Rückgang jüngerer Altersgruppen (Geburteneinbruch, Abwanderung) stark beschleunigt. In Westdeutschland verläuft die Alterung gleichmäßiger und weniger dynamisch. Hier ist vor allem die Zunahme Älterer (steigende Lebenserwartung) relevant. Die „ältesten“ Regionen finden sich mittlerweile im Süd-Osten, aber auch in altindustrialisierten Städten des Westens sowie in bevorzugten Zuzugsgebieten für Ältere entlang der Alpen und der Küste. Stadtumlandkreise können dagegen noch von einer günstigeren Altersstruktur profitieren. Für die Zukunft wird allerdings angenommen, dass die Alterung gerade in diesen Regionen be-

Abbildung 4: Alterung nach Kreisen (unter 20- und ab 60-Jährige, 1990 bis 2020)

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2006

sonders ausgeprägt sein wird, weil hier die dann älteren Jahrgänge überdurchschnittlich stark besetzt sind. Noch stärker wird sie allerdings in ländlichen, vor allem peripheren Regionen in Ost und West sein (Alterung von „oben und unten“).

Bei den über 60-Jährigen nimmt die Zahl der älteren Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen zu. Ländliche Räume altern jedoch stärker als Agglomerationen. Für einzelne ostdeutsche Landkreise werden Steigerungen um mehr als 150 % bis 2020 angenommen. Bei den unter 20-Jährigen verläuft der Rückgang der jüngeren Bevölkerung im Osten dagegen schneller und hat bereits begonnen. Vor allem in Mittelstädten wird ein starker Rückgang dieser Bevölkerungsgruppe (bis zu 80 %) erwartet. Im Westen wird sich der Anteil der Jüngeren bis 2020 an das ostdeutsche Niveau weiter angleichen. Hier gab es aber weniger Strukturbrüche. Es wird aufgrund der Suburbanisierung eine stärkere Zunahme Älterer vor allem im Umland der Städte erwartet. Das betraf in der Vergangenheit insbesondere Familien. Städte könnten am wenigsten altern, allerdings haben sie jetzt auch noch die älteste Bevölkerung. Der besonders starke Zuwachs bei der älteren Bevölkerung im Umland von Berlin ist mit einem verhältnismäßig plötzlichen Beginn der Suburbanisierungsphase nach der Wende zu erklären. Im Altersaufbau dieser Region ergibt sich ein großer Unterschied zwischen heute und 2020, da viele Stadt-Umland-Wanderer der 1990er Jahre dann das Rentenalter erreicht haben werden. Eine hohe Dynamik wird schließlich bei der Zahl der Hochbetagten (hier die ab 75-Jährigen) erwartet. Insbesondere in den ländlichen Regionen wird eine sehr starke Zunahme der Zahl angenommen, besonders auch hier wieder in den neuen Bundesländern mit bis zu 220 %.

3.2 Der demographische Einfluss auf die kommunalen Angebotsstrukturen

3.2.1 Auswirkungen auf das Angebot

Die räumliche Ausprägung des demographischen Wandels hat nicht zuletzt wichtige Folgen für die kommunalen Angebotsstrukturen (vergleiche Kapitel 2.1). Durch die Bevölkerungsentwicklung wird sowohl die Nachfrage- als auch Angebotsseite entsprechender Leistungen und Angebote beeinflusst. Die demographischen Auswirkungen auf das Angebot sind dabei naturgemäß eng an die altersstrukturelle Entwicklung gekoppelt. An dieser Stelle sollen die wichtigsten Trends in ihrer regionalen Differenzierung dargestellt werden.

Mit der Analyse einzelner Altersgruppen kann näherungsweise die Entwicklung der Angebots- und Nachfragepotenziale nachvollzogen werden – jedoch kann dies nur als grobe Annäherung an die jeweilige Fragestellung dienen. Die **6- bis unter 16-Jährigen** können als „Ausbildungspotenzial“ aufgefasst werden, denn diese schulpflichtigen Altersstufen bilden den Nachwuchs, der später eine Lehre oder ein Studium antritt. Ein Blick auf Tabelle 2 zeigt, dass die Zahl Schulpflichtiger erwartungsgemäß in den neuen Ländern bis 2020 stark zurückgehen wird. Vor allem verstädterte Regionen haben unter dem Rückgang zu leiden, teilweise über 50 % (Kernstädte in verstädterten Regionen 60 %), während die Kernstädte und ländlichen Kreise in Agglomerationsräumen die geringsten Rückgänge verzeichnen. Auch in ländlichen Kreisen geht die Zahl um mehr als 50 % zurück. In diesen Regionen schlug sich der dramatische Geburtenrückgang voll nieder und wurde durch Abwanderung (auch potenzieller künftiger Generationen) noch verstärkt. In den Agglomerationen Ostdeutschlands war und ist die Lage, zumindest bezogen auf die Abwanderung, etwas günstiger. Wenn innerhalb der 30 Jahre zwischen 1990 und 2020 die Bevölkerung dieser Altersgruppe in manchen Regionen um mehr als die Hälfte zurückgeht, dann bedeutet das für den Ausbildungs- und späteren Arbeitsmarkt natürlich erhebliche Einbußen. Gleichzeitig könnte dadurch die Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften ansteigen. In Westdeutschland ist die Situation deutlich gemäßigter, außerdem gibt es erheblich geringere regionale Unterschiede.

Tabelle 2: Entwicklung der Altersgruppe der 6- bis unter 16-Jährigen, 1990 und 2020 (in 1000) und Veränderung in % (nach Kreistypen Ost und West)

WEST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 WEST: Kernstädte in Agglomerationsräumen
 WEST: Kernstädte in verstädterten Räumen
 WEST: Ländliche Kreise geringerer Dichte
 WEST: Ländliche Kreise höherer Dichte
 WEST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen
 WEST: Ländliche Kreise in verstädterten Räumen
 WEST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 WEST: Verdichtete Kreise in verstädterten Räumen

OST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 OST: Kernstädte in Agglomerationsräumen
 OST: Kernstädte in verstädterten Räumen
 OST: Ländliche Kreise geringerer Dichte
 OST: Ländliche Kreise höherer Dichte
 OST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen
 OST: Ländliche Kreise in verstädterten Räumen
 OST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 OST: Verdichtete Kreise in verstädterten Räumen

Tabelle 3: Entwicklung der Altersgruppe der 26- bis unter 40-Jährigen, 1990 und 2020 (in 1000) und Veränderung in % (nach Kreistypen Ost und West)

	1990	2020	in %
WEST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	2.633	2.333	-11
WEST: Kernstädte in Agglomerationsräumen	3.376	2.913	-14
WEST: Kernstädte in verdichteten Räumen	776	638	-18
WEST: Ländliche Kreise geringerer Dichte	431	365	-15
WEST: Ländliche Kreise höherer Dichte	1.004	929	-7
WEST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	288	282	-2
WEST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	1.203	1.062	-12
WEST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	1.094	996	-9
WEST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	2.704	2.420	-11
OST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	49	30	-39
OST: Kernstädte in Agglomerationsräumen	1.128	904	-20
OST: Kernstädte in verdichteten Räumen	351	194	-45
OST: Ländliche Kreise geringerer Dichte	504	269	-47
OST: Ländliche Kreise höherer Dichte	328	190	-42
OST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	405	330	-19
OST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	478	280	-42
OST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	266	174	-34
OST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	491	278	-43

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2006

Noch mehr auf den aktuellen Arbeitsmarkt bezogen ist die Entwicklung der Zahl der **26- bis unter 40-Jährigen** (Tabelle 3). Diese Altersgruppe soll hier als junges „Innovationspotenzial“ am Arbeitsmarkt interpretiert werden. Auch wenn in der Forschung umstritten ist, inwieweit die Innovation einer Volkswirtschaft mit zunehmender Alterung abnimmt (*Schneider 2006; Malmberg et al. 2005*), kann unterstellt werden, dass eine jüngere Erwerbsbevölkerung tendenziell eher ökonomische Vorteile mit sich bringt.

Der Hauptrückgang bei dieser Altersgruppe wird ebenfalls am stärksten die neuen Länder treffen und hier vor allem wieder die verdichteten Räume, während in den Agglomerationsräumen der Rückgang noch am geringsten ist. Insgesamt ist der Rückgang (auch wegen der stärker besetzten höheren Altersgruppen noch aus DDR-Zeiten) etwas geringer als bei der jüngeren Altersgruppe. In den alten Ländern ist der Rückgang (wie auch bei der jüngeren Altersgruppe) in den Kernstädten am stärksten. In ländlichen Kreisen in Agglomerationen dagegen, die als (angenommene künftige) Zielregionen einer weiteren Suburbanisierung noch die günstigsten demographischen Voraussetzungen haben, ist mit fast keinem Rückgang bei den jüngeren Erwerbsfähigen zu rechnen. Vorbehaltlich der Entwicklung der regionalen Arbeitsmarktsituation wird deutlich, dass auch in Zukunft die regionalen Differenzen beim Innovationspotenzial groß sein werden.

Die Altersgruppe der **40- bis unter 60-Jährigen** wurde gewählt, um die Angebotspotenziale in Bezug auf familiäre Hilfe und Pflegeleistungen abzubilden, die meist in diesen Altersstufen geleistet werden („Sandwich-Generation“; Tabelle 4). Aber auch im ehrenamtlichen Bereich spielen sie eine tragende Rolle und haben dort die höchste Beteiligung (Kapitel 4.3.5). Für die Bewältigung des demographischen Wandels sind diese Altersstufen also eine zentrale Gruppe. Der regionale Vergleich zeigt enorme Unterschiede. Während es im Westen hier fast durchgehend eine Zunahme gibt, überwiegt in den neuen Ländern die Abnahme, um bis zu einem Viertel (ländliche Kreise geringerer Dichte). Dagegen wird es in hochverdichteten Kreisen in Agglomerationen sowie in ländlichen Kreisen in verdichteten Räumen zu deutlichen

Tabelle 4: Entwicklung der Altersgruppe der 40- bis unter 60-Jährigen, 1990 und 2020 (in 1000) und Veränderung in % (nach Kreistypen Ost und West)

	1990	2020	in %
WEST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	2.633	2.333	-11
WEST: Kernstädte in Agglomerationsräumen	3.364	3.957	18
WEST: Kernstädte in verdichteten Räumen	4.042	4.242	5
WEST: Ländliche Kreise geringerer Dichte	851	924	9
WEST: Ländliche Kreise höherer Dichte	500	631	26
WEST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	1.188	1.562	31
WEST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	355	502	42
WEST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	1.406	1.834	30
WEST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	1.406	1.757	25
OST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	3.137	4.038	29
OST: Kernstädte in Agglomerationsräumen	64	56	-13
OST: Kernstädte in verdichteten Räumen	1.352	1.351	0
OST: Ländliche Kreise geringerer Dichte	410	299	-27
OST: Ländliche Kreise höherer Dichte	540	508	-6
OST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	380	344	-9
OST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	469	643	37
OST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	553	532	-4
OST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	336	321	-4

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2006

Zunahmen kommen (mehr als ein Drittel). Das räumliche Muster ist hier also diffuser. Im Westen wird die Bevölkerung zwischen 40 und 60 Jahren nur in hochverdichteten Kreisen in Agglomerationen zurückgehen. In verdichteten Regionen und ländlichen Kreisen dagegen steigt sie deutlich an. Hier ist also mit einem steigenden demographischen Potenzial für entsprechende Leistungen im Hilfe- und Pflegebereich sowie im ehrenamtlichen Bereich zu rechnen – vorbehaltlich möglicher künftiger Verhaltensänderungen, die nicht vorhergesagt werden kann.

3.2.2 Auswirkungen auf die Nachfrage

Nachdem die Folgen der demographischen Entwicklung für das Angebot kommunaler Leistungen dargestellt wurden, soll die Nachfrageseite anhand dreier Altersgruppen dargestellt werden. Die Jungen und Mädchen im Kindergartenalter **zwischen 3 und 6 Jahren** sind eine Gruppe, an der sich der demographische Wandel (das heißt ein langfristiger Rückgang der Bestandszahlen) als Erstes bemerkbar macht. Bei einem Geburtenrückgang beziehungsweise einem niedrigen Niveau sind (von Alterswellen überlagerte) konstante Rückgänge zu erwarten, abhängig von Wanderungsbewegungen. Auch hier gibt es wieder die stärksten Rückgänge um bis zu 60 % in den ostdeutschen verdichteten und ländlichen Regionen, auch in den ostdeutschen Agglomerationsräumen geht die Zahl der Kinder zwischen 3 und 6 Jahren um mehr als ein Drittel zurück. Im Westen fällt der Rückgang in dieser Altersgruppe erstaunlich gering aus. Nur in den peripheren Regionen liegt er mit 18 % etwas höher, sonst bei weniger als 15 %, in den ländlichen Kreisen in Agglomerationen sogar bei nur 2 %. Bei der Nachfrage nach Kindergärten gibt es also enorme regionale Differenzen. Rückgänge um bis zu 60 % werden die Kommunen (die sich teilweise schon seit einigen Jahren angepasst haben) vor schwierige Aufgaben stellen.

Die Zahl der **6- bis unter 16-Jährigen** spielt nicht nur für die kommunale Angebotsseite, sondern umgekehrt auch als Nachfrager nach Schuleinrichtungen eine entscheidende Rolle (Tabelle 2). Zu den räumlichen Mustern der Entwicklung dieser Altersgruppe vergleiche auch

Tabelle 5: Entwicklung der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen, 1990 und 2020 (in 1000) und Veränderung in % (nach Kreistypen Ost und West)

	1990	2020	in %
WEST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	389	338	-13
WEST: Kernstädte in Agglomerationsräumen	405	366	-10
WEST: Kernstädte in verdichteten Räumen	93	82	-12
WEST: Ländliche Kreise geringerer Dichte	69	56	-18
WEST: Ländliche Kreise höherer Dichte	158	137	-13
WEST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	45	44	-2
WEST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	195	167	-14
WEST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	164	147	-10
WEST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	421	365	-13
OST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	8	4	-49
OST: Kernstädte in Agglomerationsräumen	167	101	-39
OST: Kernstädte in verdichteten Räumen	61	24	-61
OST: Ländliche Kreise geringerer Dichte	94	38	-60
OST: Ländliche Kreise höherer Dichte	59	26	-57
OST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	73	46	-37
OST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	86	38	-56
OST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	48	25	-48
OST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	86	40	-54

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2006

die Ausführungen zu Tabelle 2 in Kapitel 3.2.1. Auch hier bedeuten Rückgänge um bis zu 60 % enorme kommunale Anstrengungen beim Rückbau und der Neuorganisation schulischer Einrichtungen.

Den Abschluss dieser Analyse bildet die Altersgruppe der **ab 75-Jährigen**, die (wieder nur näherungsweise) für die Gruppe der Hochbetagten und potenziell Pflegebedürftigen stehen soll (Tabelle 6). Anders als bei den Jüngeren gibt es hier erwartungsgemäß enorme Anstiege im Bestand dieser Gruppe. Spitzenreiter sind diesmal ländliche Kreise in Agglomerationen Ostdeutschlands (122 %). In Westdeutschland wird die Zahl vor allem in den Gürteln um die Agglomerationen mit der ersten Generation der Suburbanisierung ansteigen, weil die dort ansässige Bevölkerung relativ homogen gealtert ist und wenige fortziehen werden („ageing-in-place“). Dass der Rückgang in den Kernstädten in Agglomerationen (Ost und West) am geringsten ist, überrascht kaum, denn dort leben naturgemäß unterdurchschnittlich wenige Ältere und Hochbetagte. Da, wo das Angebot für diese Altersgruppe aber eher gering sein dürfte, in den ländlichen Kreisen, wird die Zahl überdurchschnittlich ansteigen. Es ist also mit einer zunehmenden räumlichen Ungleichheit von Angebot und Nachfrage bezüglich der kommunalen Angebote und Dienstleistungen für Ältere ab 75 Jahre zu rechnen.

Tabelle 6: Entwicklung der Altersgruppe der ab 75-Jährigen, 1990 und 2020 (in 1000) und Veränderung in % (nach Kreistypen Ost und West)

WEST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 WEST: Kernstädte in Agglomerationsräumen
 WEST: Kernstädte in verdichteten Räumen
 WEST: Ländliche Kreise geringerer Dichte
 WEST: Ländliche Kreise höherer Dichte
 WEST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen
 WEST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen
 WEST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 WEST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen

OST: Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 OST: Kernstädte in Agglomerationsräumen
 OST: Kernstädte in verdichteten Räumen
 OST: Ländliche Kreise geringerer Dichte
 OST: Ländliche Kreise höherer Dichte
 OST: Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen
 OST: Ländliche Kreise in verdichteten Räumen
 OST: Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen
 OST: Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen

Datenquelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR 2006

Zusammenfassung

- Die räumlichen Trends infolge der demographischen Entwicklung sind: Alterung (flächen-deckend), Bevölkerungsrückgang (in vielen Regionen) und Internationalisierung/Heterogenisierung der Bevölkerungsstruktur (konzentriert auf wenige Regionen).
- In näherer Zukunft wird sich der Bevölkerungsrückgang auf weitere Regionen ausbreiten; zusammen mit der Alterung kann die Bevölkerungsentwicklung regional ungünstig ausfallen.
- Vor allem wird dies in den neuen Ländern und in peripheren Regionen erwartet.
- In diesen Regionen werden die Auswirkungen auf die kommunalen Angebotsstrukturen am gravierendsten sein.
- Die räumliche Ungleichheit von Angebot und Nachfrage nimmt wahrscheinlich zu.
- Insbesondere die Abnahme jüngerer Bevölkerung (mit Auswirkungen auf Kindergärten, Schulen) und die Pflegesituation lassen regional schwierige Anpassungsprozesse vermuten.

4 Bürgerschaftliches Engagement vor dem Hintergrund des demographischen Wandels

4.1 Datenquellen

Der folgende Abschnitt gibt einen empirischen Überblick über das Ausmaß und das Potenzial bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Basis sind Auswertungen verschiedener Umfragen zum Thema. Detaillierte Daten zum bürgerschaftlichen Engagement bieten der Freiwilligensurvey (1999; zweite Welle 2004) die Zeitbudgeterhebung (2001/02), das Sozio-oekonomische Panel (SOEP, seit 1984) und das internationale SHARE-Projekt (2005). Speziell über das Engagement älterer Menschen gibt der Alterssurvey (1996; zweite Welle 2002) Auskunft.

4.2 Probleme der Abgrenzung und Vergleichbarkeit

Es gibt eine Vielzahl von Begriffen und Konzepten zur Beschreibung von bürgerschaftlichen oder freiwilligen Engagements. Wie in Kapitel 1.2.1 dargelegt wurde, liegt eine einheitliche Definition und Abgrenzung der verschiedenen Begriffe nicht vor. Darüber hinaus wurde das Engagement in den hier verwendeten Studien wegen abweichender Studien-Ziele in unterschiedlicher Tiefe differenziert und erfasst. Abgesehen von Problemen der Erhebung gibt es durch die unterschiedliche Verwendung dieser Begriffe wenige Möglichkeiten, die Ergebnisse dieser Erhebungen direkt miteinander zu vergleichen.

Im *Freiwilligensurvey* (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005b) werden unter dem Oberbegriff „freiwilliges Engagement“ die verschiedenen Konzepte „bürgerschaftliches Engagement“, „Freiwilligenarbeit“ und „Ehrenamt“ zusammengefasst. Alle drei Begriffe definieren Arbeiten und Aufgaben außerhalb von Familie und Beruf. Dabei werden unter einem „Ehrenamt“ formell definierte Ämter und Funktionen im Rahmen von Institutionen und Vereinigungen verstanden. Beim „bürgerschaftlichen Engagement“ wird das Engagement dagegen unabhängig von bestimmten organisatorischen Strukturen betrachtet. Die Engagierten verwendeten häufig den Begriff „Freiwilligenarbeit“ zur Beschreibung ihrer Tätigkeit. Allerdings wurde im Freiwilligensurvey der Begriff „freiwilliges Engagement“ gewählt, um die Betonung auf die Tätigkeit im Unterschied zur (ökonomisch ausgerichteten) Arbeit zu legen. Außerdem kommt darin besser die Bedeutung der Motivation und der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Ausdruck.

In der *Zeitbudgeterhebung* (Alltag in Deutschland, 2004; Kahle/Schäfer 2005) wird ebenfalls zwischen den Konzepten „bürgerschaftliches Engagement“ und „Ehrenamt im engeren Sinne“ unterschieden, wobei das „bürgerschaftliche Engagement“ das Ehrenamt mit einschließt und als Oberbegriff fungiert. Das „bürgerschaftliche Engagement“ wird definiert als eine aktive Beteiligung in Vereinen, Kirchen, Parteien oder Initiativen, die über eine reine Mitgliedschaft hinausgeht. Es ist also im Gegensatz zu allgemeinen sozialen Tätigkeiten, wie zum Beispiel der privaten Hilfe für andere Haushalte, an Organisationen gebunden. Als „Ehrenamt im engeren Sinne“ gilt dagegen wie beim Freiwilligensurvey die Übernahme einer Funktion oder eines Amtes in diesen Bereichen.

Das *SHARE-Projekt* (Börsch-Supan et al. 2005; Hank et al. 2006) definiert Ehrenamt über drei Kriterien. So findet ehrenamtliches Engagement im institutionellen Rahmen einer Organisation außerhalb des Haushalts beziehungsweise der Familie statt. Außerdem sind die Aktivitäten stets unbezahlt und dienen vor allem Dritten oder der Allgemeinheit. Auf eine weitere Untergliederung wird verzichtet.

Der *Alterssurvey* (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2005a) fasst mit dem Begriff „gesellschaftliches Engagement“ das gesamte Spektrum freiwilliger Tätigkeiten zusammen und gliedert es in vier Ebenen. Neben der Unterscheidung in „traditionelles“ Ehrenamt auf sozialer und politischer Ebene in Verbänden und Parteien sowie „neues“ Ehrenamt in selbst- und fremdorganisierten Gruppen werden auch andere Funktionen (zum Beispiel als Elternvertreter oder Schöffe), informelle freiwillige Tätigkeiten oder Hilfen ohne organisatorischen Rahmen erfasst.

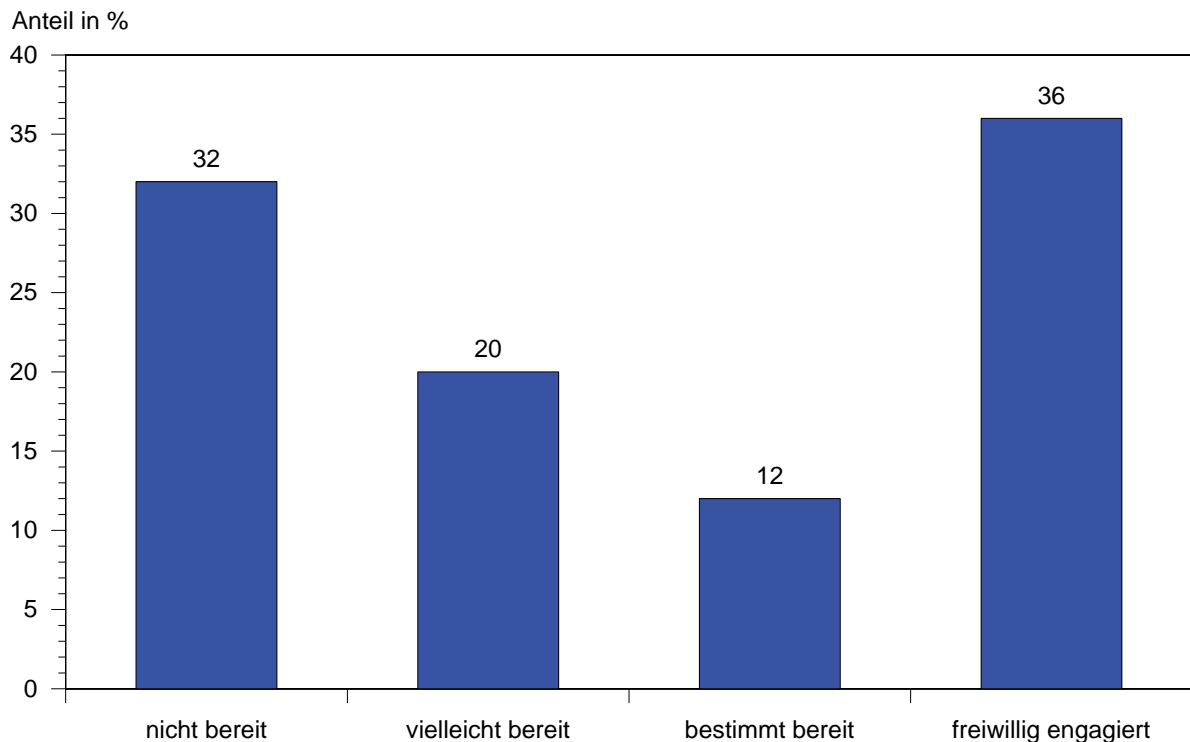
Das *Sozio-oekonomische Panel (SOEP)* (*Künemund/Schupp* 2007) betrachtet eine unentgeltliche Tätigkeit in Anbindung an eine Organisation außerhalb des Haushalts als „Ehrenamt“, während selbst organisierte Hilfe für Personen außerhalb des privaten Haushalts als „Netzwerkhilfe“ bezeichnet wird. Das Unterscheidungskriterium ist demnach die institutionelle Ebene.

4.3 Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – eine empirische Bestandsaufnahme

4.3.1 Wie groß ist das Potenzial?

Nach dem SOEP hatten 2005 33 % der Bevölkerung ein Ehrenamt inne. Laut Freiwilligensurvey waren 2004 insgesamt 36 % freiwillig engagiert; 32 % wären zudem bereit, sich freiwillig zu engagieren (Abbildung 5). Diese Engagementbereitschaft ist dabei seit 1999 (26 %) gestiegen. Hier gibt es also ein Potenzial, das in Zukunft stärker abgefragt werden könnte. Ein weiteres Indiz für ein angestiegenes Potenzial ist der Anstieg der aktiv Engagierten (vergleiche Kapitel 5.2) von 32 auf 34 %. Dies sind Personen, die sich zum Beispiel als Mitglied aktiv beteiligen, ohne aber freiwillige Aufgaben zu übernehmen.

Abbildung 5: Freiwilligensurvey: Potenzial an freiwilligem Engagement (Angaben in Prozent)



Datenquelle: *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2005b

Die Zeitbudgeterhebung ergab eine Beteiligung von 44 % (Ehrenamt sowie aktives Engagement). Fast ein Drittel der Befragten engagiert sich nach diesen Zahlen ehrenamtlich und leistet dazu privat Hilfe. Die ermittelte Beteiligung von 44 % der Bevölkerung bei diesem zusammengefassten „ehrenamtlichen Engagement“ wird teilweise als zu hoch kritisiert. Im Erhebungskonzept sei die Trennung zwischen subjektiver Engagiertheit (Einstellung) und tatsächlicher Tätigkeit nicht ganz klar, daher kann es leicht zu einer Übererfassung kommen. Die Zahlen belegen jedenfalls, dass das Ausmaß und Potenzial an Engagierten groß ist und nicht ohne Weiteres von einer entsolidarisierten Gesellschaft gesprochen werden kann.

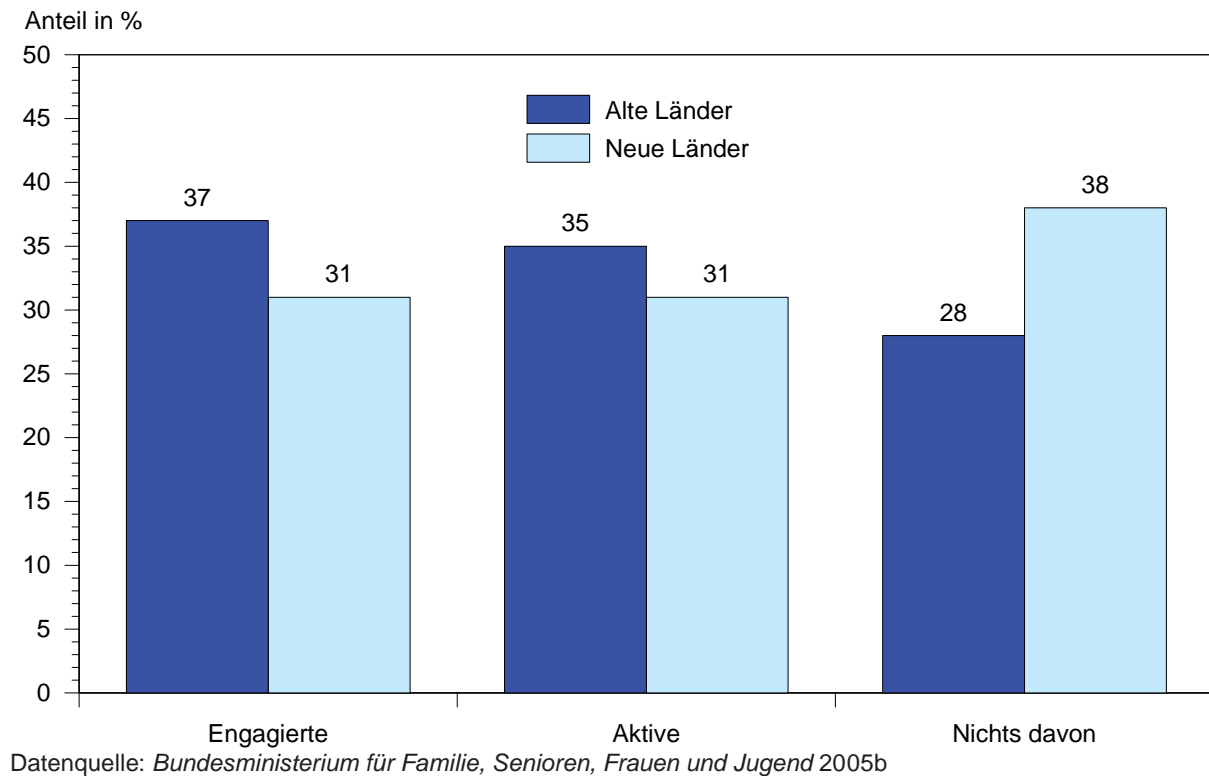
4.3.2 Zeitliche Entwicklung

Daten über einen längeren Zeitraum liefert das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), mit dem man Veränderungen seit 1984 nachvollziehen kann. Darin wird allerdings nur nach ehrenamtlichen Tätigkeiten im klassischen Sinn gefragt. Die Beteiligung der Bevölkerung in Westdeutschland ist seit 1984 kaum gestiegen. Im Laufe der Jahre waren jeweils 7-9 % wöchentlich, 6-8 % der Bevölkerung monatlich engagiert. Größere Schwankungen gibt es beim seltenen Engagement, das angestiegen ist (1985: knapp 6 %; 2005: gut 15 %). Insgesamt waren damit zwischen 22 und 33 % engagiert, 2005 wurde immerhin der höchste Wert erreicht. Allerdings kann man noch nicht von einem deutlichen Anstieg sprechen. In Ostdeutschland ist dagegen ein deutlicher Anstieg seit 1990 zu verzeichnen (2005: 28 %). Eine Erkenntnis könnte sein, dass sich der genannte Strukturwandel im Anstieg der selteneren Engagements zeigt. Der Faktor Gesundheit hat im Zeitverlauf an Bedeutung zugenommen, ebenso die Beteiligung der „jungen Alten“ (was auch vom Alterssurvey bestätigt wurde). Auch der Freiwilligensurvey ergab einen Anstieg von 34 % auf 36 % (1999 und 2004).

4.3.3 Ost-West- und regionale Unterschiede

In Ostdeutschland ist ein deutlicher Anstieg seit 1990 zu verzeichnen, die Beteiligung ist dort aber noch niedriger als in den alten Bundesländern (SOEP 2005: 28 %, 33 %). Auch in der Zeitbudgeterhebung ist die Beteiligung im Osten deutlich niedriger (33 %; alte Bundesländer: 47 %). Im Freiwilligensurvey lag die Beteiligung in den neuen Ländern bei 31 % (West: 37 %), auch hier stieg sie seit 1999 (28 %) deutlich an. Die aktiv Beteiligten lagen in den alten Ländern bei 35 %, in den neuen lediglich bei 31 %. In Ostdeutschland ist also der Anteil der nicht Aktiven oder Engagierten mit 38 % deutlich größer (um 10 Prozentpunkte; Abbildung 6).

Auch regional gibt es durchaus Unterschiede, wie Zahlen des Freiwilligensurveys belegen (Tabelle 7). Interessant ist dabei, dass es zum einen ein Nord-Süd-Gefälle gibt mit höherer Beteiligung im Süden, dass zum anderen dieses Gefälle zwischen dem ersten Survey 1999 und dem zweiten 2004 geringer geworden ist. Die stärksten Zuwächse gab es dabei in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg. Aber auch 2004 ragte Baden-Württemberg mit einer Beteiligungsquote von 42 % deutlich als Spitzenreiter hervor.

Abbildung 6: Freiwilliges Engagement in Ost- und Westdeutschland (Freiwilligensurvey 2004, in Prozent)**Tabelle 7: Freiwillig Engagierte in den Ländern, 2004 und Veränderung gegenüber 1999**

Bundesland	Freiwillig Engagierte 2004 (in %)	Veränderung zu 1999 (in %)
Baden-Württemberg	42	+2
Bayern	37	0
Berlin	29	+5
Brandenburg	33	+5
Hamburg	26	-5
Hessen	39	0
Mecklenburg-Vorpommern	31	+2
Niedersachsen	37	+6
Nordrhein-Westfalen	35	0
Rheinland-Pfalz	39	+6
Sachsen	30	0
Sachsen-Anhalt	30	+2
Schleswig-Holstein	34	0
Thüringen	32	+3

Datenquelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005

4.3.4 Geschlechtsspezifische Unterschiede

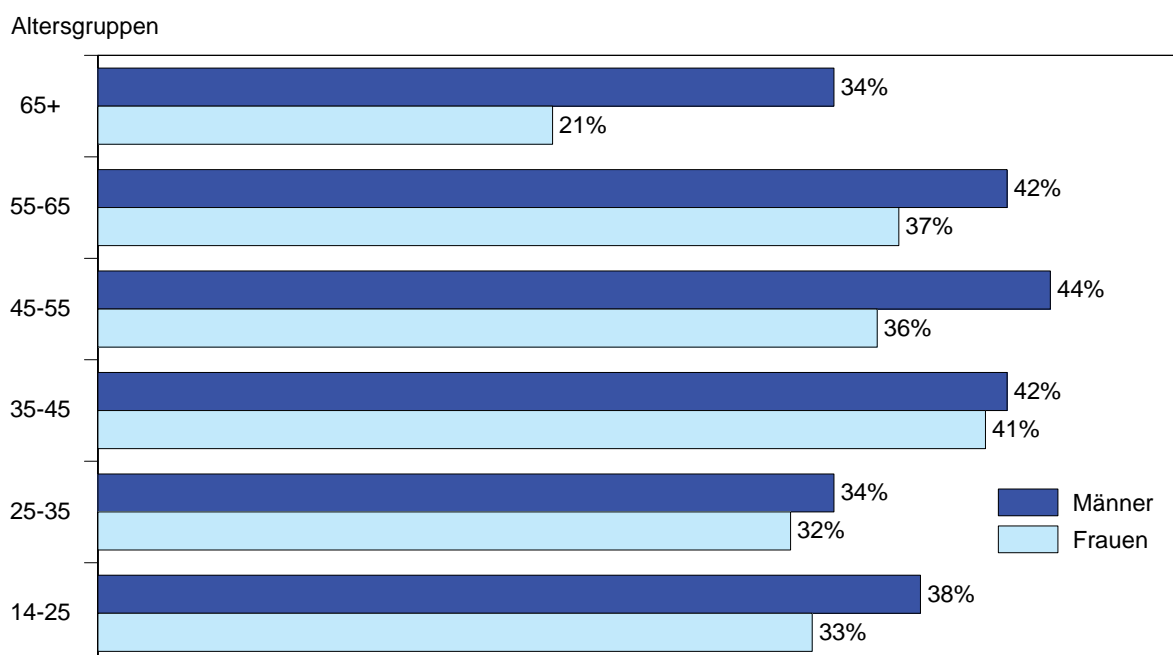
Männer weisen eine höhere Beteiligung beim bürgerschaftlichen Engagement auf: in der Zeitbudgeterhebung waren es 46 % gegenüber 42 % bei den Frauen. Im Freiwilligensurvey sind 39 % der Männer freiwillig engagiert, bei den Frauen trifft dies auf 32 % zu, ihre aktive Beteiligung ist dafür größer (vergleiche Kapitel 5.2.2). Die aktiven Frauen haben dabei ein leicht höheres Durchschnittsalter als die Männer. Dieses stieg zwischen den Jahren 1999 und 2004 in den Bereichen „Soziales“ und „Kultur/Musik“ an, während dies bei „Kirche“ und „Sport“ nicht geschah.

Diese Unterschiede setzen sich auch nach Altersgruppen fort, mit durchweg höheren Quoten bei den Männern, insbesondere bei den ab 60-Jährigen. Die höchsten Werte wurden bei den 45- bis 54-jährigen Männern (44 %) ermittelt, bei den Frauen hatten die 35- bis 44-Jährigen die höchste Beteiligung (41 %). Bei den 55- bis 64-Jährigen sinkt diese Quote nur unwesentlich auf 42 % bei den Männern, bei den Frauen beträgt sie in dieser Altersgruppe 37 %, das ist geringfügig höher als in der Altersgruppe 45 bis 54 Jahre mit 36 %.

4.3.5 Altersgruppen

Entscheidend beim bürgerschaftlichen Engagement ist, dass die Neigung schon in frühen Jahren geprägt wird. Im Alter fängt man seltener ein Engagement an, nicht wenn man sich schon länger damit befasst. Die höchste Beteiligung weisen die mittleren Jahrgänge auf, auch wenn die Altersgruppenunterschiede nicht übermäßig groß sind. Bei der Zeitbudgeterhebung ist die Beteiligung in der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen am höchsten (46 %), die ab 65-Jährigen liegen mit 43 % nur unwesentlich darunter. Am niedrigsten ist das bürgerschaftliche Engagement bei den 10- bis 18-Jährigen (37 %).

Abbildung 7: Freiwilliges Engagement nach Altersgruppen (Freiwilligensurvey 2004, in Prozent)



Datenquelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005b

Im Freiwilligensurvey hatten 2004 die 40- bis 49-Jährigen die höchste Beteiligung (42 %), die niedrigste die ab 70-Jährigen (22 %). Die Engagementquote liegt durchgehend über 30 % und nimmt erst ab dem Alter 65 spürbar ab. Differenziert man nach Männern und Frauen (Abbildung 7), so ist die Beteiligung bei den 45- bis 54-jährigen Männern am höchsten (44 %), bei den Frauen ist es die Altersgruppe darunter (35-44 Jahre) mit 41 %. Auffallend ist auch der enorme Unterschied bei den ab 65-Jährigen: die Männer liegen bei 34 %, die Frauen bei 21 %. Aber auch die hohe Beteiligung bei den Jugendlichen ist interessant. Die Beteiligung ist bei den Männern jedenfalls durchweg höher.

4.3.6 Soziale Unterschiede

Das Engagement ist sozial ungleich verteilt. Es steigt mit dem Bildungs-, beruflichen und ökonomischen Status an. Im Freiwilligensurvey haben sich diese Unterschiede zwischen 1999 und 2004 sogar verschärft. Wenn man sich die Beteiligungswerte nach Altersgruppen betrachtet, überrascht es nicht, dass die Erwerbstätigen mit 40 % die höchste Beteiligung an freiwilligen Engagements aufweisen. Arbeitslose und Rentner haben dagegen die niedrigste mit 27 % beziehungsweise 28 %; weiterhin Hausfrauen/-männer 37 % und Schüler/Studenten 38 %. Allerdings konnten Rentner und Arbeitslose ihre Beteiligung zwischen 1999 und 2004 am stärksten steigern, nämlich um 4 Prozentpunkte.

Dabei gibt es offensichtlich einen Zusammenhang zwischen der Engagementbereitschaft und der sozialen Integration einer Person (*Gensicke* 2006). Je höher die Integration, desto größer auch die Engagementaktivität. So haben laut Freiwilligensurvey 2004 immerhin 46 % der Befragten mit einer hohen Engagementaktivität (drei und mehr Tätigkeiten) einen großen Bekannten- und Freundeskreis. Dies trifft aber nur für 14 % der Personen der Gruppe der Nicht-Aktiven zu. Ähnliches gilt für die Kirchenbindung, für die Höhe des Bildungsabschlusses beziehungsweise der beruflichen Position oder für die Größe des Haushalts (je größer, desto engagierter). *Gensicke* sieht darin die Bedeutung bestimmter Wertorientierungen für das Engagement, ebenso den Einfluss von Bildung, der sich ebenfalls zwischen 1999 und 2004 erhöht hat. Die Haushaltsgröße spiegelt schließlich die Situation als Familie und damit verbundene stärkere Aktivitäten, zum Beispiel in Kindergarten und Schule, wider.

Auch nach der Zeitbudgeterhebung steigt die Beteiligung mit der Höhe des schulischen Abschlusses, am höchsten ist sie allerdings bei Meister-/Technikerabschlüssen. Verwitwete weisen eine höhere Beteiligung auf als Verheiratete (47 % zu 44 %), während Ledige die niedrigste haben (42 %). Dies spiegelt sich teilweise in den Haushaltsformen wider (Alleinerziehende 40 %, kinderlose Paare 41 %, Paare mit Kindern 46 %, Einpersonenhaushalte 47 %).

4.3.7 Betätigungsfelder

Im Freiwilligensurvey 2004 lagen „Sport und Bewegung“ mit 11 % sowie „Schule und Kindergarten“ mit 7 % an der Spitze (Tabelle 8). Traditionelle Tätigkeitsbereiche überwiegen damit eindeutig. „Neuere“ Felder wie Interessenvertretungen oder lokales Bürgerengagement spielen eine noch untergeordnete Rolle. Als positiv ist aber festzuhalten, dass gerade in den Bereichen, die im Zuge des demographischen Wandels als besonders wichtige Bausteine für eine Aufrechterhaltung kommunalen Lebens angesehen werden können (wie etwa Soziales, Jugend/Bildung, lokales Engagement), zwischen 1999 und 2004 die deutlichsten Steigerungen zu beobachten waren – wenn auch auf bislang noch bescheidenem Niveau.

Auch geschlechtsspezifisch gibt es Unterschiede: bei Frauen überwiegen laut Zeitbudgeterhebung soziale und kirchliche Betätigungen, bei Männern solche aus dem Bereich Freizeit und Kultur.

Tabelle 8: Freiwilligensurvey: Freiwillig Engagierte nach Betätigungsfeldern, 1999 und 2004

Betätigungsfeld	1999 (in %)	2004 (in %)
Sport und Bewegung	11,0	11,0
Schule/Kindergarten	6,0	7,0
Freizeit/Geselligkeit	5,5	5,0
Kirche/Religion	5,5	6,0
Kultur/Musik	5,0	5,5
Sozialer Bereich	4,0	5,5
Feuerwehr/Rettungsdienste	2,5	3,0
Politik/Interessenvertretung	2,5	2,5
Berufli. Interessenvertretung	2,5	2,5
Umwelt-/Tierschutz	2,0	2,5
Jugendarbeit/Bildung	1,5	2,5
Lokales Bürgerengagement	1,5	2,0

Datenquelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005

4.3.8 Beteiligung Älterer

Das Engagement Älterer ist mittlerweile fast genauso hoch wie das in den mittleren Altersstufen, die Intensität der geleisteten Stunden ist sogar höher. Traditionelle Betätigungen überwiegen (Tanzgruppen, Seniorenfreizeitstätten). Eine wichtige Erkenntnis in allen Surveys ist die wachsende Beteiligung Älterer. Dies ist auch vor dem Hintergrund eines „gesunden Alterns“ bedeutsam, weil aktiv sein sich günstig darauf auswirkt.

Das SOEP zeigt seit 1985 einen Anstieg der Beteiligung der ab 50-Jährigen von etwa 19 % auf über 30 % in 2005 (regelmäßige und seltene Ausübung eines Ehrenamts; nur Westdeutschland; seit 1990 ebenfalls in den neuen Ländern). Vor allem der vorgelagerte Lebenslauf ist entscheidend, weniger der Renteneintritt. Wenn Ältere bereits in den vergangenen Jahren aktiv gewesen sind, zeigen sie eine bis zu sechsfach größere Wahrscheinlichkeit, ein Ehrenamt auszuüben. Ebenso wichtig sind die Faktoren Gesundheit und Bildung als Ressourcen für bürgerschaftliches Engagement im Alter.

Nach dem Freiwilligensurvey gab es bei der ehrenamtlichen Beteiligung der jüngeren Alten (60-69 Jahre) sogar den stärksten Anstieg: von 31 % auf 37 %. Ältere investieren bis ins hohe Alter genauso viel Zeit in entsprechende Tätigkeiten wie Jüngere.

Nach dem Alterssurvey sind 15 % der 55- bis 69-Jährigen in Ost und 22 % in West ehrenamtlich engagiert (Funktion mit/ohne Mitgliedschaft). Die Beteiligung bei den 40- bis 85-Jährigen stieg von 16 % auf 19 % (zwischen 1996 und 2002), am stärksten bei den ab 55-jährigen Männern. Durchschnittlich verbringen die Älteren 18 Stunden pro Monat mit einer solchen Tätigkeit.

Die Zeitbudgeterhebung ergab eine Aktivitätsrate bei der ehrenamtlichen Betätigung bei den 55-bis 64-Jährigen von 6 % bei Erwerbstätigen und 8,4 % bei Nicht-Erwerbstätigen.

Im SHARE-Projekt wurde das aktive Engagement im Monat vor Befragung ermittelt. In Deutschland waren demnach 12 % der 50- bis 64-Jährigen und 10 % der 65- bis 74-Jährigen aktiv.

Der Anteil derjenigen, die sich freiwillige Engagements vorstellen können, ist bei den Älteren größer als bei den Jüngeren: im Freiwilligensurvey 2004 waren 19 % der (nicht engagierten) ab

60-Jährigen dazu bereit, 1999 waren es noch 13 %. Auch dies begünstigt den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Was die Motivation angeht, so stehen bei Älteren stärker Aspekte wie soziales Pflichtbewusstsein und (gesellschafts-)politische Beweggründe im Vordergrund (*Freiwilligensurvey* 2004).

4.3.9 Beteiligung Jüngerer

Die bürgerschaftliche Beteiligung Jugendlicher ist deshalb bedeutsam, weil sie oft die Voraussetzung für entsprechende Engagements in späteren Jahren ist – somit auch im Alter. Ein Engagement, das in jungen Jahren nicht begonnen wird, wird dann auch im Alter weniger wahrscheinlich aufgenommen.

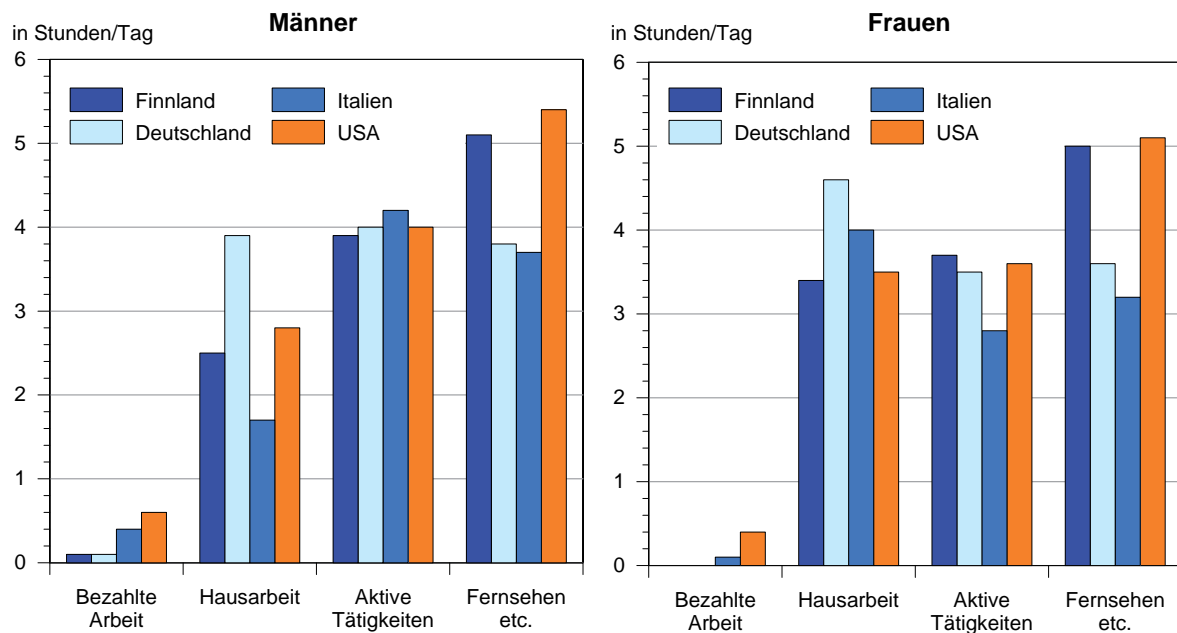
Für empirische Analysen bietet sich wieder der *Freiwilligensurvey* an. Diese Zahlen zeigen (wie auch die der Zeitbudgeterhebung), dass die Engagement-Beteiligung mit dem Alter ansteigt (Kapitel 4.3.5). Interessanterweise ist sie in den jüngeren Altersgruppen zwischen 14 und 24 Jahren etwas höher als in den darauf folgenden des jüngeren Erwachsenenalters – wahrscheinlich aufgrund der stärkeren beruflichen und familiären Belastung in diesem Alter.

Der Anteil der freiwillig engagierten Jugendlichen ist zwar leicht zurückgegangen (1999: 37 %, 2004: 36 %), aber dennoch auf einem hohen Niveau. Außerdem stieg der Anteil der aktiven Jugendlichen gleichzeitig an, von 37 % auf 40 %. Besonders bei den Jüngeren zwischen 14 und 19 Jahren ist die Beteiligung sehr hoch. Die Intensität und die persönliche Bedeutung der Tätigkeiten haben sich für die Jugendlichen kaum geändert. Die Bereitschaft, das Engagement auszuweiten, ist allerdings angestiegen: zwei Drittel der freiwillig engagierten Jugendlichen konnten sich dies vorstellen und auch die Bereitschaft der Nicht-Aktiven stieg an. Was die Tätigkeiten angeht, so ist ein Trend zu einer stärkeren Bedeutung von Projekten, selbst organisierten Gruppen oder privaten Einrichtungen festzustellen – eine Verschiebung hin zu eher informellen Organisationsformen. Auch bei Jugendlichen ist die Bildung ein entscheidender Faktor, der über ein Engagement bestimmt. Aber ebenso wichtig sind dabei der Freundeskreis und soziale Netzwerke.

4.4 Internationale Vergleiche

Gauthier und *Smeeding* (2003) werteten Zeitbudgeterhebungen älterer Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern aus. Allerdings handelt es sich dabei um ältere Daten (zwischen 1987 und 1992). Hauptergebnis (unter Berücksichtigung der teilweise unsicheren Datenlage) ist, dass es zwar im internationalen Vergleich deutliche Unterschiede in der Zeitverwendung gibt, dass aber die Altersprofile dieser Aktivitäten relativ ähnlich verlaufen. Zudem legen die Daten nahe, dass ein Großteil der durch den Ruhestand gewonnenen Zeit insbesondere für passive Aktivitäten (vor allem Fernsehen, Radio hören, Schlafen etc.) verwendet wird. Vergleicht man bei diesen Daten die Werte für die ab 75-Jährigen (Abbildung 8), so lässt sich dieses Muster gut ablesen. Bei den aktiven Tätigkeiten, unter die auch ehrenamtliche Betätigungen fallen, sticht (zumindest bei den Frauen) Finnland hervor. Aber auch die USA ist hier zu nennen mit den zweithöchsten Werten. Dort gibt es einflussreiche Senioren-Vertretungen, was sich auch im Freiwilligensektor zeigt.

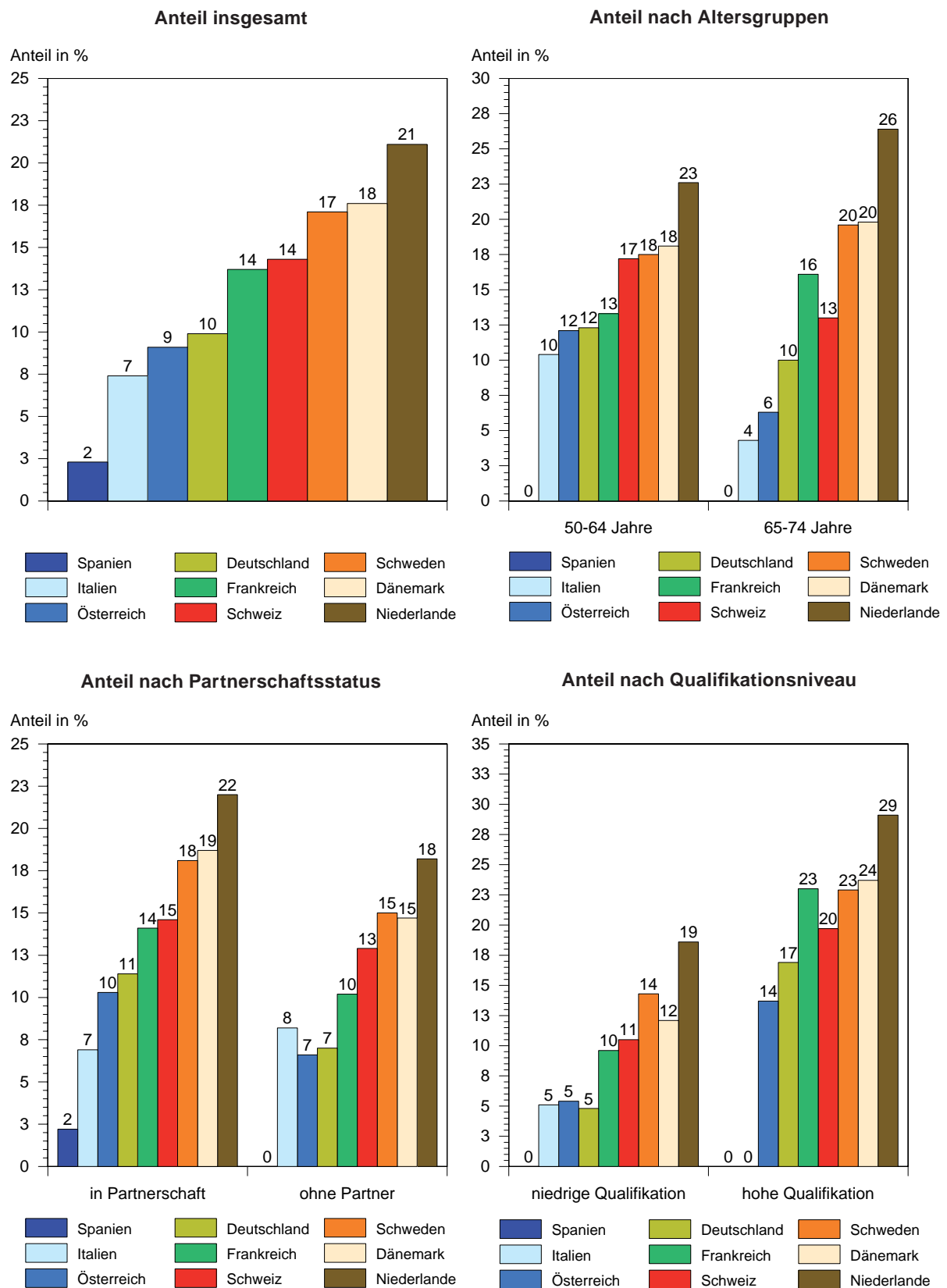
Eine aktuelle Untersuchung der ehrenamtlichen Strukturen älterer Menschen in Europa entstammt dem SHARE-Projekt (*Börsch-Supan et al.* 2005; *Hank et al.* 2006). Die durchschnittliche ehrenamtliche Beteiligung der hierbei befragten Personen ab 50 Jahren lag in den zehn untersuchten Ländern (Griechenland ist hier aufgrund geringer Fallzahlen nicht aufgeführt) insgesamt bei 10 %. Es lassen sich jedoch deutliche internationale Unterschiede ausmachen. Offensichtlich gibt es ein klares Gefälle zwischen den Mittelmeerländern und Skandinavien sowie vor allem den Niederlanden (Abbildung 9). Länder wie Deutschland (10 %) oder die

Abbildung 8: Zeitverwendung der ab 75-Jährigen in Stunden/Tag, nach Tätigkeiten

Datenquelle: Gauthier/Smeeding 2003: 268

Schweiz (14 %) liegen im Mittelfeld, an der Spitze die Niederlande mit 21 %. Fast ein Fünftel der Befragten war immerhin fast täglich aktiv, knapp die Hälfte fast jede Woche, wobei es hier keinen Zusammenhang mit dem Beteiligungsniveau im jeweiligen Land zu geben scheint.

Unterschieden nach Altersgruppen liegt die Beteiligung in den Altersgruppen von 65 bis 74 Jahren in Frankreich, Schweden, Dänemark und den Niederlanden noch höher als in der darunter liegenden Altersklasse (55 bis 64 Jahre). In Deutschland sind die Anteile etwa gleich hoch. Bei den ab 75-Jährigen sinkt die ehrenamtliche Beteiligung deutlich ab, mit den höchsten Werten (12 % bis 13 %) in Dänemark und Schweden, die Differenzen zwischen den Ländern bleiben aber erheblich. Ob man in einer Partnerschaft lebt oder nicht, steht ebenfalls in einer deutlichen Beziehung zur ehrenamtlichen Beteiligung. Außer in Italien ist die Beteiligung von Personen, die in Partnerschaften leben, höher. Die Differenzen sind aber recht unterschiedlich. Deutschland liegt in beiden Kategorien auf dem drittletzten Platz. Die beiden nordeuropäischen Länder sowie die Niederlande weisen die höchsten Anteile auf – in Dänemark sind es 19 % der ab 50-Jährigen in Partnerschaften, die ehrenamtlich tätig waren, in den Niederlanden sogar 22 %. Die Qualifikation korreliert ebenfalls stark mit der ehrenamtlichen Beteiligung: in allen Ländern ist die Beteiligung bei höherem Abschluss deutlich größer. In Deutschland ist der Unterschied zwischen niedrigem und höherem Qualifikationsniveau besonders ausgeprägt (5 % beziehungsweise 17 %). Auch bei dieser Betrachtung ändert sich an der grundsätzlichen Reihenfolge der Länder wenig. Die skandinavischen Länder und vor allem die Niederlande weisen eine deutlich höhere Engagement-Beteiligung der Bevölkerung auf als die übrigen europäischen Länder.

Abbildung 9: Anteil der ehrenamtlich Tätigen in Prozent: insgesamt, nach Altersgruppen, Partnerschaft und Qualifikation

Datenquelle: Börsch-Supan et al. 2005

Zusammenfassung

- Das Potenzial beziehungsweise der Anteil der Engagierten ist in den letzten Jahren angestiegen.
- Positiv ist der Anstieg der Beteiligung besonders bei Älteren und Arbeitslosen, der sich aus allen Datenquellen ergibt.
- Eine hohe Beteiligung kann auch bei den Jugendlichen gemessen werden.
- In den neuen Ländern ist das bürgerschaftliche Engagement zwar noch niedriger, aber es findet ein Aufholprozess statt.
- Die Engagements sind sozial ungleich verteilt, sie steigen mit Einkommen und Bildung.
- Internationale Auswertungen zeigen, dass bei den Senioren die Beteiligung in Deutschland eher durchschnittlich ist (im Gegensatz zu Skandinavien oder den Niederlanden) und der Unterschied nach Bildungsstand besonders hoch ausfällt.

5 Exkurs: Demographisches Potenzial für bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen

5.1 Potenzial für bürgerschaftliches Engagement nach Tätigkeitsbereichen und Alter im Lebenszyklus

Die folgende Analyse beruht auf den Daten des Freiwilligensurveys, in dem gut nach Tätigkeitsbereichen und Alter/Geschlecht unterschieden werden kann. Die Beteiligung nach Bereichen weist im Verlauf eines Lebens typische Muster auf. Diese unterscheiden sich auch nach Geschlecht sowie der Intensität der Tätigkeit. Dabei lassen sich unterschiedliche Trends erkennen. Der Verlauf des bürgerschaftlichen Engagements nach dem Alter lässt sich vereinfacht nach sechs Typen klassifizieren: Rückgang (mit dem Alter), Stagnation, Anstieg (mit dem Alter), U-Form, M-Form (zwei Höhepunkte) und Kuppel-Form (ein Höhepunkt).

Rückgang: Der Bereich Sport und Bewegung weist für beide Geschlechter sowohl bei der bürgerschaftlichen Aktivität als auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten einen negativen Trend auf. Die Beteiligung in Sportvereinen nimmt also mit zunehmendem Alter ab. Dasselbe gilt auch für die Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Auch im Bereich Unfall- und Rettungsdienste sowie Feuerwehr geht die Beteiligung aufgrund einer nachlassenden körperlichen Eignung sowie einer Altersgrenze im aktiven Dienst mit zunehmendem Alter zurück. Bei den Frauen liegt die Beteiligung in diesem Bereich insgesamt auf einem sehr niedrigen Niveau.

Anstieg: Eine Zunahme der Beteiligung mit steigendem Alter (mit Ausnahme der höchsten Jahrgänge) lässt sich dagegen im sozialen Bereich, in der Politik und beim sonstigen bürgerschaftlichen Engagement erkennen. In diesen Bereichen sind ältere Menschen häufiger tätig als jüngere. Die Männer verzeichnen auch im Bereich Umwelt sowie Natur- und Tierschutz im Verlauf ihres Lebens eine leichte Steigerung des Engagements (bei den Frauen herrscht hier ein gleichbleibendes Engagement, allerdings auf einem bereits höheren Niveau).

U-Form: Im Bereich Kultur und Musik ist die Beteiligung im Jugendalter relativ hoch, geht in den Altersjahren von Ende 20 bis Anfang 40 zurück und steigt anschließend wieder an. Bei den Frauen ist dieser Anstieg nicht ganz so deutlich ausgeprägt. Dies lässt sich möglicherweise auf ihre stärkere Einbindung in der Familie zurückführen. Die ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich nimmt hingegen bei den Männern mit dem Alter zu und bei den Frauen leicht ab.

M-Form: Das Engagement im Bereich Schule und Kindergarten ist in allen Kategorien durch einen sehr ausgeprägten Verlauf gekennzeichnet, der hier als M-Form bezeichnet wird. Die Engagierten kommen fast ausschließlich aus den Altersgruppen bis 20 Jahre (Schüler) sowie zwischen Anfang 30 und Mitte 40 (Eltern). Auffällig ist die besonders hohe Beteiligungsquote bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten der Frauen. Auch in anderen Bereichen zeichnet sich bei der Übernahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten durch Frauen häufiger eine M-Form ab, was auf eine Ausrichtung des Engagements von Frauen auf die Belange ihrer Kinder hindeutet. Neben dem bereits erwähnten Bereich Schule und Kindergarten gilt diese Entwicklung in schwächerem Ausmaß auch für die Bereiche Sport und Bewegung sowie Kirche und Religion. Außerdem fällt auf, dass Frauen in den übrigen Bereichen eher selten ehrenamtliche Arbeiten und Aufgaben übernehmen und keinen eindeutigen Lebenszyklustrend aufweisen.

Kuppel-Form: Bei der beruflichen Interessenvertretung ist mit der Kuppel-Form ein sehr spezifischer Verlauf des Engagements erkennbar, der in direktem Zusammenhang mit der Teilnahme am Erwerbsleben steht.

Das Engagement im Bereich Freizeit und Geselligkeit lässt dagegen keine Verallgemeinerung zu und ist durch starke Schwankungen geprägt. Bei den aktiven Männern und ehrenamtlich

tätigen Frauen stagniert die Entwicklung, bei den ehrenamtlich tätigen Männern und den aktiven Frauen ist dagegen eine Zunahme der Tätigkeit mit dem Alter zu verzeichnen. Der Bereich Kirche und Religion weist ebenfalls starke Schwankungen auf. Es lässt sich trotzdem ein typischer Verlauf mit einer sehr hohen Beteiligung im Jugendalter und einem leicht positiven Trend, jedoch auf viel geringerem Niveau, in den folgenden Altersjahren erkennen. Die Bereiche Gesundheit sowie Justiz und Kriminalitätsprobleme lassen aufgrund der geringen Fallzahlen keine Aussage über eine typische Entwicklung in Abhängigkeit vom Alter zu.

Männer und Frauen weisen somit in vielen Bereichen ein im Lebenszyklus unterschiedliches Engagementverhalten auf. Bei der bürgerschaftlichen Aktivität liegt die Beteiligung zwar in vielen Bereichen noch auf einem gleich hohen Niveau, dennoch lassen sich einige geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen. So sind in den Bereichen Gesundheit, Schule und Kindergarten, Kirche und Religion sowie im sozialen Bereich mehr Frauen als Männer aktiv. In der Politik, der beruflichen Interessenvertretung sowie beim Unfall- und Rettungsdienst und der Feuerwehr ist das Geschlechterverhältnis dagegen umgekehrt. Bei ehrenamtlichen Tätigkeiten lässt sich ebenfalls ein Frauenüberhang in den oben erwähnten, für Frauen typischen Bereichen feststellen. Dagegen ist in allen anderen Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit die Beteiligung der Männer deutlich höher, so dass insgesamt mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig sind. Frauen sind, nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys, also trotz aktiver Teilnahme in vielen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements bei ehrenamtlichen Tätigkeiten noch nicht in gleichem Maße vertreten.

5.2 Modellrechnungen des demographischen Potenzials für das bürgerschaftliche Engagement und die Zahl an bürgerschaftlich Aktiven nach Tätigkeitsbereichen bis 2025 beziehungsweise 2050

5.2.1 Einleitung

Die Trends des demographischen Wandels werden sich in den kommenden Jahrzehnten aufgrund der bestehenden Altersstruktur beschleunigen und einen enormen Einfluss auf die verschiedensten Bereiche des öffentlichen Lebens haben. Diese Folgen des demographischen Wandels lassen sich prinzipiell auch auf das bürgerschaftliche Engagement übertragen. Ziel der vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung durchgeführten regionalisierten Modellrechnung ist es, eine Grundlage für die Abschätzung der zu erwartenden quantitativen Veränderungen des demographischen Potenzials für bürgerschaftliches Engagement auf dem räumlichen Niveau der Kreise zu liefern. Die Modellrechnung basiert dabei auf Annahmen zum freiwilligen Engagement, die dem Freiwilligensurvey 2004 (*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* 2005b) entnommen wurden. Angaben zur Bevölkerungsentwicklung entstammen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder (*Statistisches Bundesamt* 2006) beziehungsweise der neuen Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (*BBR*, bisher unveröffentlicht). Untersucht wurde hier allein der altersstrukturelle Effekt auf das demographische Potenzial für bürgerschaftliches Engagement, wie er durch die Alterung und die Verschiebungen des prozentualen Verhältnisses der Altersgruppen zueinander entsteht. Zugrunde liegt dabei die Annahme, dass bürgerschaftliche Aktivitäten und die Übernahme von Arbeiten und Aufgaben im Rahmen von ehrenamtlichen Tätigkeiten in bestimmten Bereichen künftig konstant bleiben, also in jeder Altersgruppe dem Niveau des Freiwilligensurvey von 2004 entsprechen.

Aufgrund vorliegender Indizien ist allerdings eher damit zu rechnen, dass das Aktivitätsniveau durch den gesellschaftlichen Wandel beeinflusst wird und mithin die Beteiligung der heutigen jüngeren Altersgruppen in Zukunft stärker abgeleitet vom ihrem derzeitigen Aktivitätsniveau beschrieben werden kann, als auf der Basis des Niveaus der heute Älteren. Andererseits ist

derzeit, gerade bei älteren Menschen, eine wachsende Aktivität und Bereitschaft, sich zukünftig zu engagieren, zu erkennen. Auf der Basis der Daten des vorliegenden Freiwilligensurveys ist es nicht möglich, hierzu plausible Annahmen für künftige Trends abzuleiten. Daher wurde die Annahme eines konstanten Aktivitätsniveaus bewusst gewählt, um die Auswirkungen des demographischen Altersstruktureffekts isoliert demonstrieren zu können.

5.2.2 *Verwendetes Begriffskonzept*

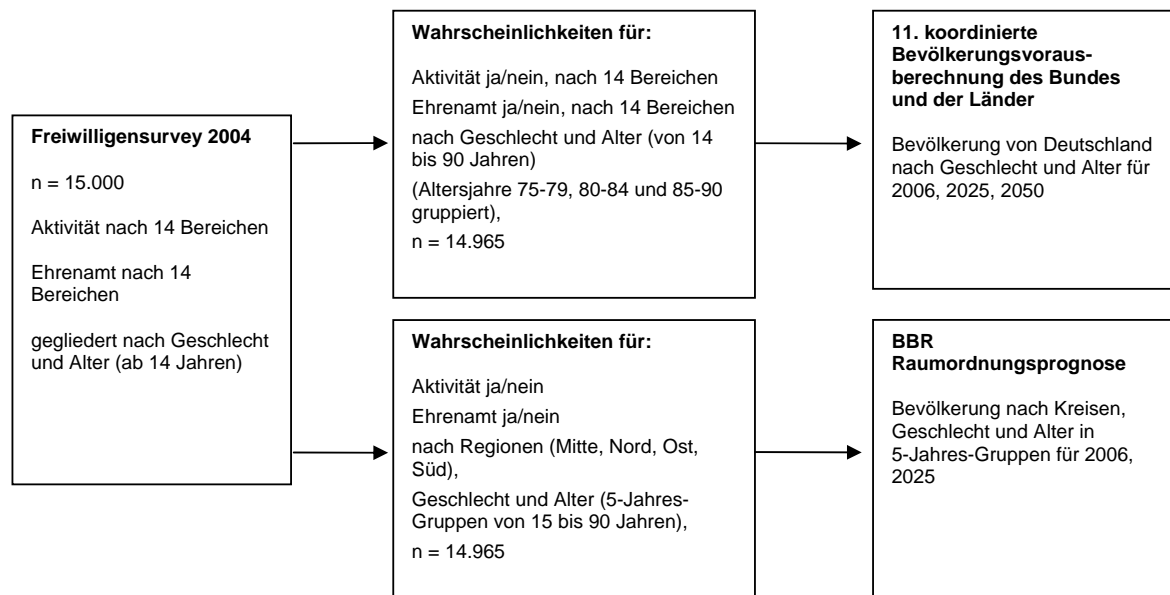
Der vorliegenden Modellrechnung liegen die Daten des Freiwilligensurvey 2004 zugrunde. In dieser Erhebung werden unter dem Oberbegriff „freiwilliges Engagement“ die Konzepte „bürgerschaftliches Engagement“, „Freiwilligenarbeit“ und „Ehrenamt“ in einer sehr weit gefassten Definition integriert. Alle drei Begriffe meinen die Übernahme von Arbeiten und Aufgaben außerhalb von Familie und Beruf. Da die Berechnungen auf dem Freiwilligensurvey basieren, wird im Folgenden ebenfalls der Begriff „freiwilliges (oder bürgerschaftliches) Engagement“ verwendet und zwischen der aktiven Beteiligung im öffentlichen Raum (hier als „bürgerschaftliche Aktivität“ bezeichnet)⁴ und der Übernahme eines Ehrenamtes unterschieden (hier als „ehrenamtliche Tätigkeit“ bezeichnet).⁵ Beide Tätigkeiten unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Intensität nach Geschlecht und Alter sowie unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen (siehe auch 5.1). Das Niveau der Intensität weist darüber hinaus auch regionale Unterschiede auf.

5.2.3 *Annahmen und Modellrechnung*

Bei der Modellrechnung werden zwei Aspekte untersucht. Zum einen wurde der Altersstruktureffekt des demographischen Wandels, gegliedert nach dem Bereich der Aktivität beziehungsweise der ehrenamtlichen Tätigkeit, für Deutschland insgesamt bis zum Jahr 2050 berechnet. Zum anderen wurden die räumlichen Unterschiede dieses Effektes nach bürgerschaftlicher Aktivität beziehungsweise ehrenamtlicher Tätigkeit bis zum Jahr 2025 differenziert, ohne weitere Gliederung nach Tätigkeitsbereichen (Abbildung 10). Der Freiwilligensurvey 2004 beinhaltet repräsentative Angaben zu 14 inhaltlichen Tätigkeitsbereichen und differenziert nach bürgerschaftlicher Aktivität und ehrenamtlicher Tätigkeit auf der Basis von rund 15.000 Befragten. Darüber hinaus stellt er Angaben zu Alter und Geschlecht zur Verfügung sowie die Zugehörigkeit des Wohnortes zu einem Stadt- oder Landkreis. Aus den Angaben der Befragten wird, für Männer und Frauen differenziert, der Anteil an der Bevölkerung und damit die relative Wahrscheinlichkeit berechnet, in einem bestimmten Alter aktiv zu sein oder eine ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben. Weil sich aufgrund der geringen absoluten Werte in einigen Tätigkeitsbereichen sehr geringe Fallzahlen ergeben hätten, mussten bei der Berechnung der Wahrscheinlichkeiten für die Altersjahre von 14 bis 90 Jahren gegliedert nach 14 inhaltlichen Tätigkeitsbereichen die Altersjahre 75 bis 79, 80 bis 84 und 85 bis 90 jeweils zu einer Altersgruppe zusammengefasst werden. Für die betreffenden Altersjahre wurden die Durchschnitte der jeweiligen Altersgruppe angenommen. Die so berechneten Wahrscheinlichkeiten lassen sich auf die nach Geschlecht differenzierte Altersstruktur der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung übertragen. Die hieraus resultierenden Zahlen an bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich Tätigen wurden für die Jahre 2006, 2025 und 2050 ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, wie sich die Zahl der in den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich Tätigen allein aufgrund des Altersstruktureffekts des demogra-

⁴ Frage: „Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. [...] Bitte sagen Sie mir, ob Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche aktiv beteiligen.“

⁵ Frage: „Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie aktiv sind, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt.“

Abbildung 10: Schematische Darstellung der Modellrechnung

Quelle: Eigener Entwurf

phischen Wandels in Deutschland verändern würde, wenn die Wahrscheinlichkeit in einem bestimmten Alter für eine ausgewählte bürgerschaftliche Aktivität beziehungsweise ehrenamtliche Tätigkeit in Zukunft unverändert auf dem Niveau des Jahres 2004 bliebe.

Da sich der demographische Wandel in Zukunft regional sehr unterschiedlich auswirken wird und sich auch das Niveau von bürgerschaftlicher Aktivität und ehrenamtlichem Engagement regional unterscheidet, wurde eine zweite Modellrechnung auf der Basis der Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung auf Kreisebene für das Jahr 2025 durchgeführt. Dafür wurde zuerst die Wahrscheinlichkeit für eine Aktivität oder ein ehrenamtliches Engagement für vier Regionen gegliedert nach Geschlecht und Alter berechnet. Die Region Nord umfasst die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen. Zur Region Mitte gehören Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, zur Region Ost die neuen Bundesländer inklusive Berlin. Baden-Württemberg und Bayern bilden die Region Süd. Aufgrund der sonst zu geringen Fallzahlen wurde bei dieser Modellrechnung auf eine Differenzierung nach Tätigkeitsbereichen verzichtet. Die Altersjahre von 15 bis 90 Jahren sind in 5-Jahres-Altersgruppen zusammengefasst, da auch die Raumordnungsprognose nur in 5-Jahres-Altersgruppen vorliegt. Die Wahrscheinlichkeit für eine bürgerschaftliche Aktivität oder ehrenamtliche Tätigkeit wurde nach den vier Regionen differenziert auf die regionalisierte Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung übertragen und für 2005 und 2025 ausgewertet. Aufgrund des bei Modellrechnungen auf Kreisebene mit dem Zeitraum wachsenden Einflusses der langfristig schwer zu prognostizierenden Wanderungseffekte legt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung seine regionalisierte Bevölkerungsprognose nur bis 2025 vor. Die entsprechende Analyse erlaubt eine Einschätzung der regionalen Unterschiede in der Entwicklung des demographischen Potenzials für bürgerschaftliche Aktivitäten oder ehrenamtliche Tätigkeiten bis 2025, allerdings nicht nach Tätigkeitsbereichen differenziert.

Die Beteiligung an Aktivitäten und ehrenamtlichen Tätigkeiten weist im Verlauf eines Lebens typische Muster auf. Die Strukturen und Potenziale nach Tätigkeitsbereichen und Geschlecht wurden bereits in Kapitel 5.1 dargestellt. Für das Ergebnis der Modellrechnung ist die Verteil-

lung des bürgerschaftlichen Engagements nach Altersgruppen entscheidend, da sie unter der Annahme konstanter Wahrscheinlichkeiten für die Ausübung einer Aktivität oder ehrenamtlichen Tätigkeit in Zukunft die Stärke der allein demographisch begründeten künftigen Veränderungen bestimmt. Im Zuge des demographischen Wandels nimmt die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 ab. Die jüngeren Jahrgänge sind davon stärker betroffen als die älteren. Daher wirkt sich der demographische Altersstruktureffekt auf das bürgerschaftliche Engagement in Bereichen stärker aus, die tendenziell eher von Jüngeren ausgeübt werden. Da sich das Verhältnis der Alterskohorten zugunsten der Älteren entwickeln wird, sind die Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements, bei denen Ältere ein höheres Niveau des Engagements aufweisen, von der Alterung zunächst weniger betroffen. In Einzelfällen können sich sogar vorübergehend noch absolute Zuwächse an bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich Tätigen ergeben.

5.2.4 Modellrechnung für Deutschland bis 2050

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Modellrechnungen für bürgerschaftliche Aktivität und ehrenamtliche Tätigkeit nach Bereichen dargestellt. Die in den Abbildungen wiedergegebenen absoluten Zahlen ergeben sich aus der Hochrechnung der Wahrscheinlichkeit einer Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement gemäß dem Freiwilligensurvey 2004 auf die Bevölkerung Deutschlands nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder für 2006, 2025 und 2050.

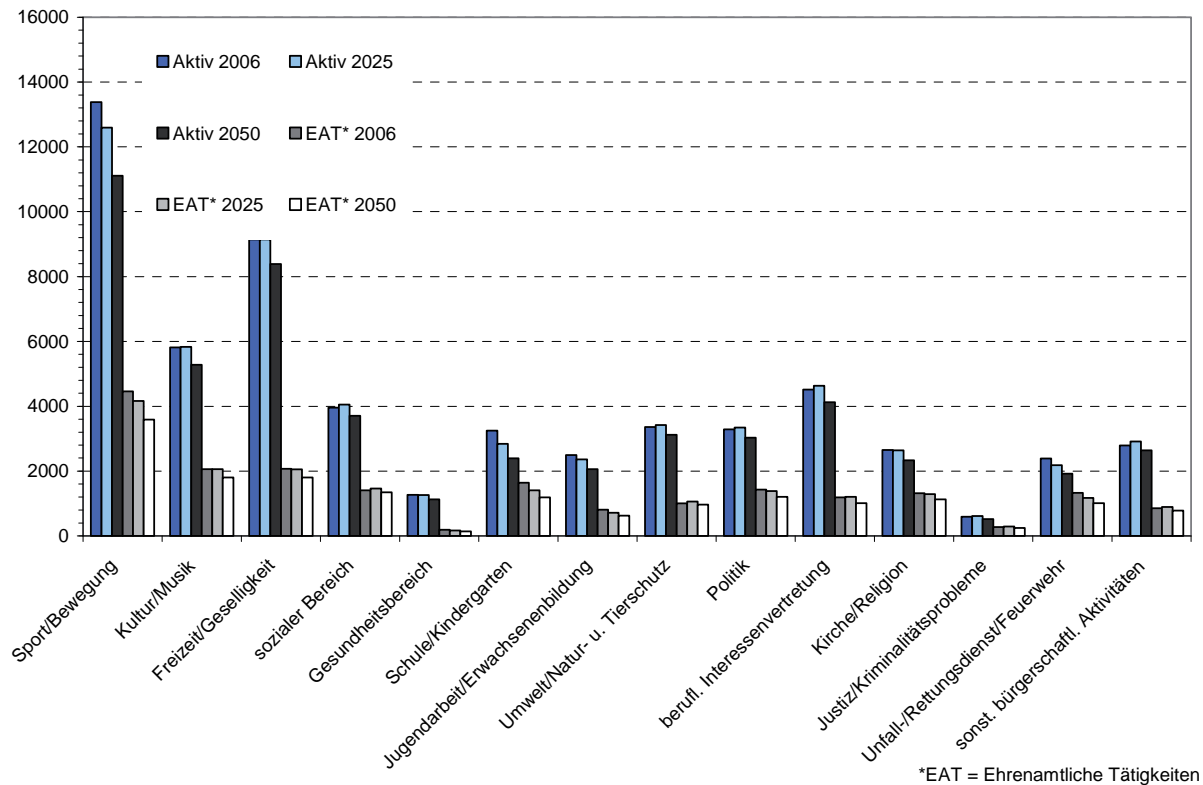
Die quantitativen Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen, der Intensität des Engagements (Aktivität oder Ehrenamt) sowie den Geschlechtern werden in den Abbildungen 11 (Männer) und 12 (Frauen) deutlich.

Der dominierende Bereich bürgerschaftlichen Engagements bei den Männern ist Sport und Bewegung. In diesem Bereich sind 2006 mit ca. 13,4 Mio. Personen mit Abstand die meisten Männer aktiv. Darauf folgen die Bereiche Freizeit und Geselligkeit (9,1 Mio. Aktive), Kultur und Musik (5,8 Mio.) und die berufliche Interessensvertretung (4,5 Mio.). Auch bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten führt der Bereich Sport und Bewegung mit fast 4,5 Mio. Engagierten deutlich vor Kultur und Musik sowie Freizeit und Geselligkeit mit jeweils knapp 2,1 Mio. engagierten Personen. An vierter Stelle folgt bereits der Bereich Schule und Kindergarten (1,6 Mio.).

Bei den Frauen ergibt sich bei der Aktivität ein ähnliches Bild. Nach Sport und Bewegung (13,5 Mio.) sind Freizeit und Geselligkeit (8,1 Mio.), Kultur und Musik (6,2 Mio.) und der soziale Bereich (5 Mio.) die wichtigsten Aktivitätsbereiche. Bei der ehrenamtlichen Tätigkeit wird dagegen, wie oben bereits erwähnt, eine Ausrichtung des Engagements von Frauen an den Belangen der Kinder deutlich. Daher sind die meisten Frauen im Bereich Schule und Kindergarten (2,8 Mio.) ehrenamtlich tätig, gefolgt von Sport und Bewegung (2,6 Mio.), dem sozialen Bereich (2,2 Mio.) sowie Kirche und Religion (2 Mio.).

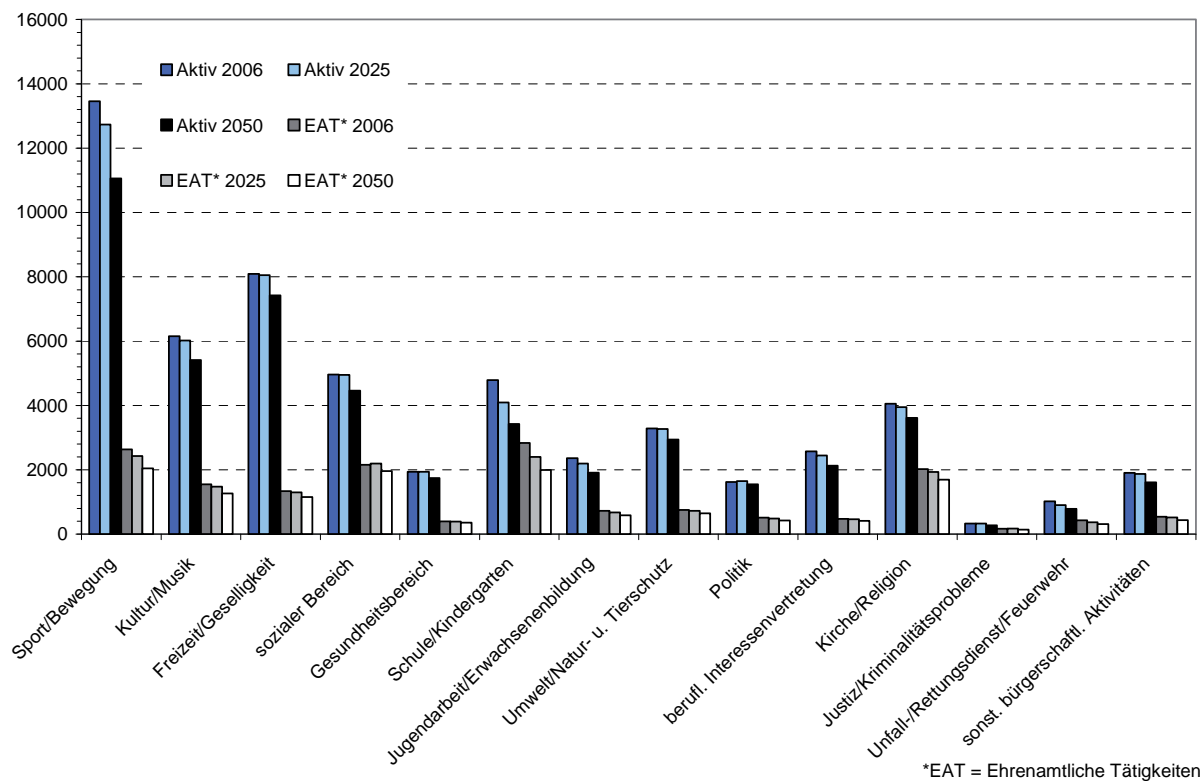
Abbildung 13 zeigt die absoluten Veränderungen, die bis zum Jahr 2050 als Folge des demographischen Wandels beim bürgerschaftlichen Engagement zu erwarten sind. Dargestellt wird die Entwicklung der absoluten Zahlen im Vergleich zum Jahr 2006. Von 2006 bis 2025 nehmen die absoluten Zahlen der Engagierten trotz einer sinkenden Gesamtbevölkerungszahl in einigen Bereichen (sozialer Bereich, Umwelt, Politik, sonstiges bürgerschaftliches Engagement, Justiz) noch leicht zu beziehungsweise stagnieren, da hier die höheren Altersgruppen eine stärkere Beteiligung aufweisen und diese im Jahr 2025 von der zahlenmäßig starken Baby-Boom-Generation gestellt werden. Bis zum Jahr 2050 nimmt die Anzahl jedoch in allen Tätigkeitsbereichen ab, da die geburtenstarken Jahrgänge das Alter der Hochbetagten (mit sehr geringem bürgerschaftlichem Engagement) erreicht haben und die folgenden Altersgruppen kontinuierlich kleiner sind als die vorherigen.

Abbildung 11: Bürgerschaftliche Aktivität und ehrenamtliche Tätigkeit bei Männern in absoluten Zahlen 2005, 2025 und 2050 (in Tausend)



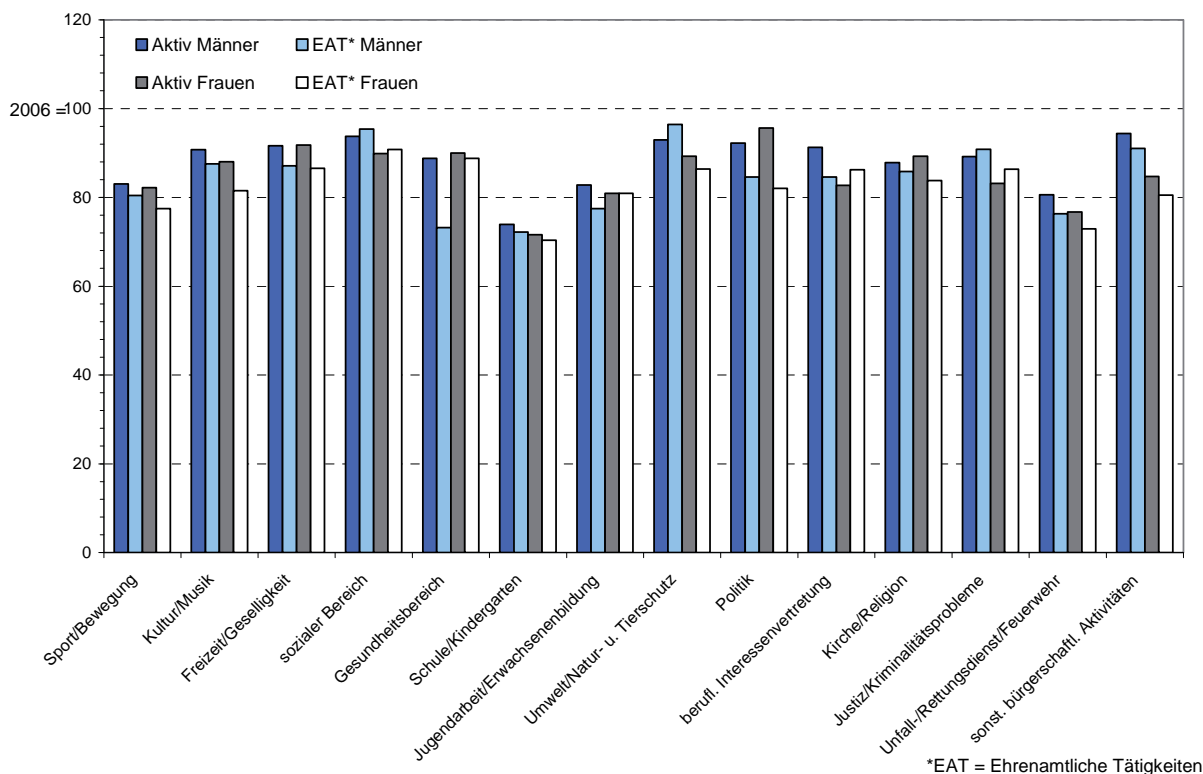
Quelle: Eigene Berechnungen

Abbildung 12: Bürgerschaftliche Aktivität und ehrenamtliche Tätigkeit bei Frauen in absoluten Zahlen 2005, 2025 und 2050 (in Tausend)



Quelle: Eigene Berechnungen

**Abbildung 13: Veränderung des bürgerschaftlichen Engagements bis 2050
(2006 = 100)**



Quelle: Eigene Berechnungen

Die größten Rückgänge treten bei beiden Geschlechtern sowohl bei den bürgerschaftlich Aktiven als auch bei den ehrenamtlich Tätigen im Bereich Schule und Kindergarten auf. Sie betragen 2025 zwischen 26 und 30 %, bezogen auf das Basisjahr 2006. Diese Entwicklung wird jedoch voraussichtlich keine Konsequenzen auf die Funktionsweise dieses Bereichs haben, da es auch weniger Kinder geben wird und damit die Relation des Engagements in Schulen und Kindergärten etwa gleichbleibt.

Weitaus gravierender werden die Folgen im Bereich Unfall- und Rettungswesen sowie Feuerwehr sein. Hier geht die Anzahl der ehrenamtlich Tätigen ebenfalls deutlich, um knapp ein Viertel, zurück. Da für die Aufrechterhaltung dieser Dienste eine gewisse Mindestanzahl an ehrenamtlich Tätigen erforderlich ist, könnte hierdurch in einigen Regionen die untere absolute Grenze der Tragfähigkeit erreicht werden. Auch in den Bereichen Sport und Bewegung sowie Jugendarbeit und Erwachsenenbildung, die durch viele junge Teilnehmer charakterisiert sind, liegt der Rückgang mit rund 20 % sehr hoch. Geringere Verluste unter minus 10 % haben der soziale Bereich und der Umwelt-, Natur- und Tierschutz zu erwarten.

Deutlich wird aus Abbildung 13, dass die ehrenamtliche Tätigkeit mit der Übernahme von Arbeiten und Aufgaben durch die Altersstruktureffekte des demographischen Wandels besonders beeinträchtigt wird, der Rückgang ist hier insgesamt stärker als bei bürgerschaftlicher Aktivität allgemein. Nur im Bereich Justiz und Kriminalitätsprobleme und im sozialen Bereich, sowie bei den Männern im Umwelt-, Natur- und Tierschutz und den Frauen in der beruflichen Interessenvertretung verlieren die ehrenamtlichen Tätigkeiten prozentual weniger potenzielle Teilnehmer als das bürgerschaftliche Engagement. Dies ist darauf zurückzuführen, dass mit zunehmendem Alter ehrenamtliche Tätigkeiten generell stärker zurückgehen als die bürgerschaftlichen Aktivitäten insgesamt.

5.2.5 Regionale Modellrechnung bis 2025

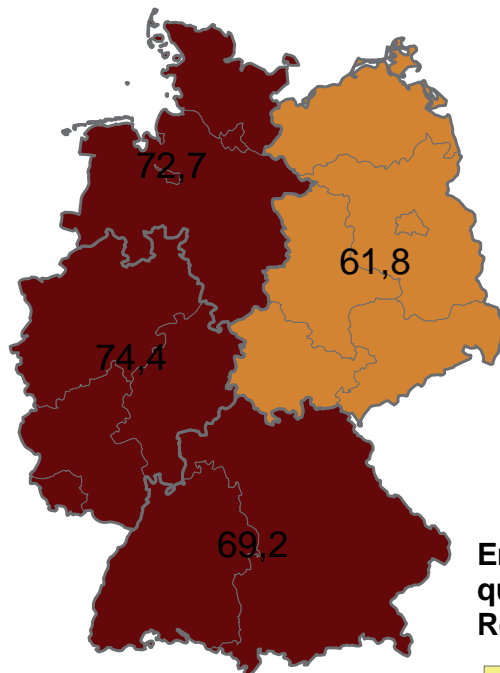
Da das Ehrenamt im lokalen Kontext ausgeübt wird und vom ansässigen demographischen Potenzial abhängt, hat die regionale Altersstruktur auch einen großen Einfluss auf die räumlich differenzierte Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Auf Kreisebene wurde basierend auf den Daten der regionalen Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung eine Modellrechnung bis 2025 durchgeführt. Eine Kombination von regionaler und inhaltlicher Differenzierung nach Tätigkeitsbereichen war aufgrund der geringen Fallzahlen in der Datenbasis des Freiwilligensurveys nicht zu vertreten. Die Entwicklung der Zahl an bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich Tätigen in einem Kreis beruht auf zwei Einflussfaktoren. Neben der Entwicklung der Anzahl und Altersstruktur der Bevölkerung eines Kreises wird das regionale Niveau des bürgerschaftlichen Engagements auch durch regionale Unterschiede bei der Beteiligung an bürgerschaftlichen Aktivitäten und ehrenamtlichen Tätigkeiten bestimmt, die hier nach vier Regionen Nord, Mitte, Ost und Süd differenziert wird. Die regionalen Unterschiede im Niveau des bürgerschaftlichen Engagements sind in Abbildung 14 dargestellt. In Ostdeutschland ist die Beteiligung in den meisten Fällen niedriger als in den übrigen Regionen. Insbesondere bei der bürgerschaftlichen Aktivität bestehen noch große Unterschiede. Nur bei den ehrenamtlich tätigen Frauen weist der Norden einen noch niedrigeren Wert auf. Im Norden sind auch die Unterschiede im bürgerschaftlichen Engagement zwischen Männern und Frauen am höchsten. Hier engagiert sich ein besonders geringer Teil der weiblichen Bevölkerung. In den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg liegt die Beteiligung dagegen bei beiden Geschlechtern auf einem nahezu gleich hohen Niveau.

Die Überlagerung der regionalen Alterung mit den regionalen Unterschieden in der Beteiligung an ehrenamtlichem Engagement führt schließlich zu den regionalen Unterschieden in der zu erwartenden Entwicklung der absoluten Anzahl an bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich tätigen Personen (Abbildung 15). Dabei müssen einige Kreise bei konstanter Beteiligung bis 2025 mit gravierenden Rückgängen bei den bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich Tätigen von insgesamt über 30 % rechnen. Andere können dagegen sogar einen Zuwachs von zwischen 10 % und 20 % erwarten. Dies liegt, wie oben beschrieben, am Einfluss der geburtenstarken Baby-Boom-Generation, die 2025 in einem Alter mit noch hoher Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement sein wird. Die Kreise mit den höchsten Verlusten liegen vor allem im ländlichen Raum und in Ostdeutschland, aber auch in strukturschwachen oder altindustrialisierten Regionen Westdeutschlands, wie dem Ruhrgebiet. Sie gehören in vielerlei Hinsicht zu den Verlierern des demographischen Wandels. Die Kreise, die voraussichtlich die höchsten Zuwächse bei den bürgerschaftlich Engagierten verzeichnen werden, befinden sich tendenziell eher in Süddeutschland.

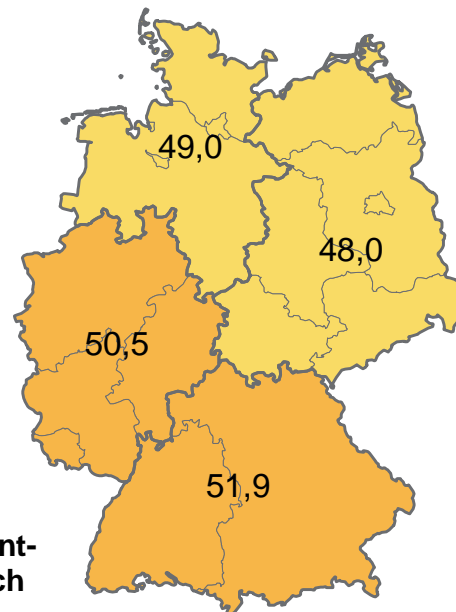
Die besonders starken Rückgänge in Ostdeutschland gehen auf die Kombination von einer negativen Entwicklung der Gesamtbevölkerung und einer starken Alterung zurück, bei insgesamt niedrigem Niveau des bürgerschaftlichen Engagements. Andererseits besteht durch die niedrige Beteiligung noch ein relativ großes Potenzial, das gefördert werden und den demographisch bedingten Rückgang der bürgerschaftlich Aktiven und ehrenamtlich Tätigen mildern kann. Eine Ausnahme bildet wiederum das Umland von Berlin. Dort kann in den meisten Kreisen mit einem Anstieg der Aktiven- und Engagiertenzahlen gerechnet werden, weil hier bis 2025 auch die Gesamtbevölkerung zunehmen wird und der Anstieg des Altenquotienten relativ moderat ausfällt. Im Ruhrgebiet steigt der Anteil der älteren Bevölkerung dagegen nur geringfügig an, da es sich um eine städtische Agglomeration mit bereits älterer Bevölkerung handelt, dabei liegt das Niveau des bürgerschaftlichen Engagements relativ hoch. Die starken Verluste bei den Engagierten gehen hier vor allem auf den Rückgang der Gesamtbevölkerung zurück. Ähnliches gilt für Teile des Saarlandes, wobei dort ein ländlicher Charakter vorherrscht und die Zunahme der älteren Bevölkerung und des Altenquotienten stärker ist. Insgesamt ist die Entwicklung in der Region Mitte sehr heterogen. Der Norden weist bis zum Jahr 2025 eine insgesamt positive

Abbildung 14: Beteiligung am ehrenamtlichen Engagement nach Regionen Nord, Mitte, Ost und Süd

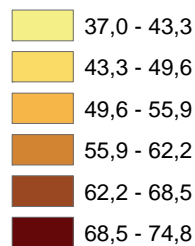
Aktivität Männer



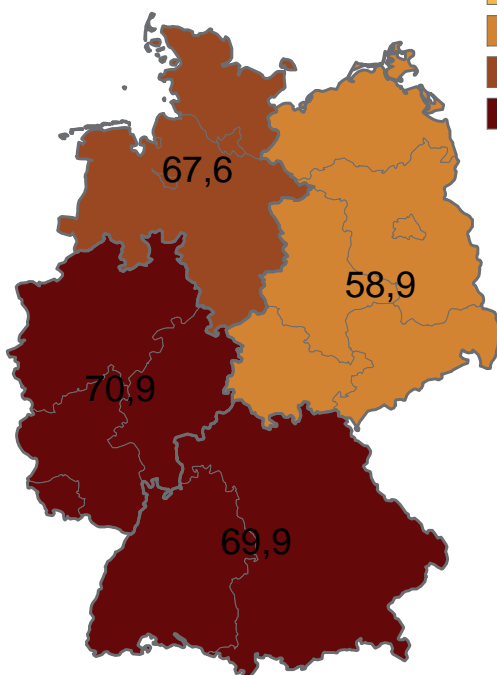
Ehrenamt Männer



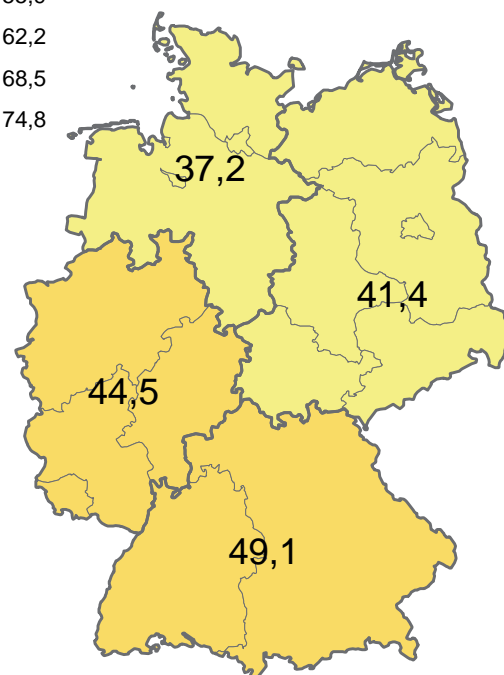
Engagement-quoten nach Regionen



Aktivität Frauen



Ehrenamt Frauen



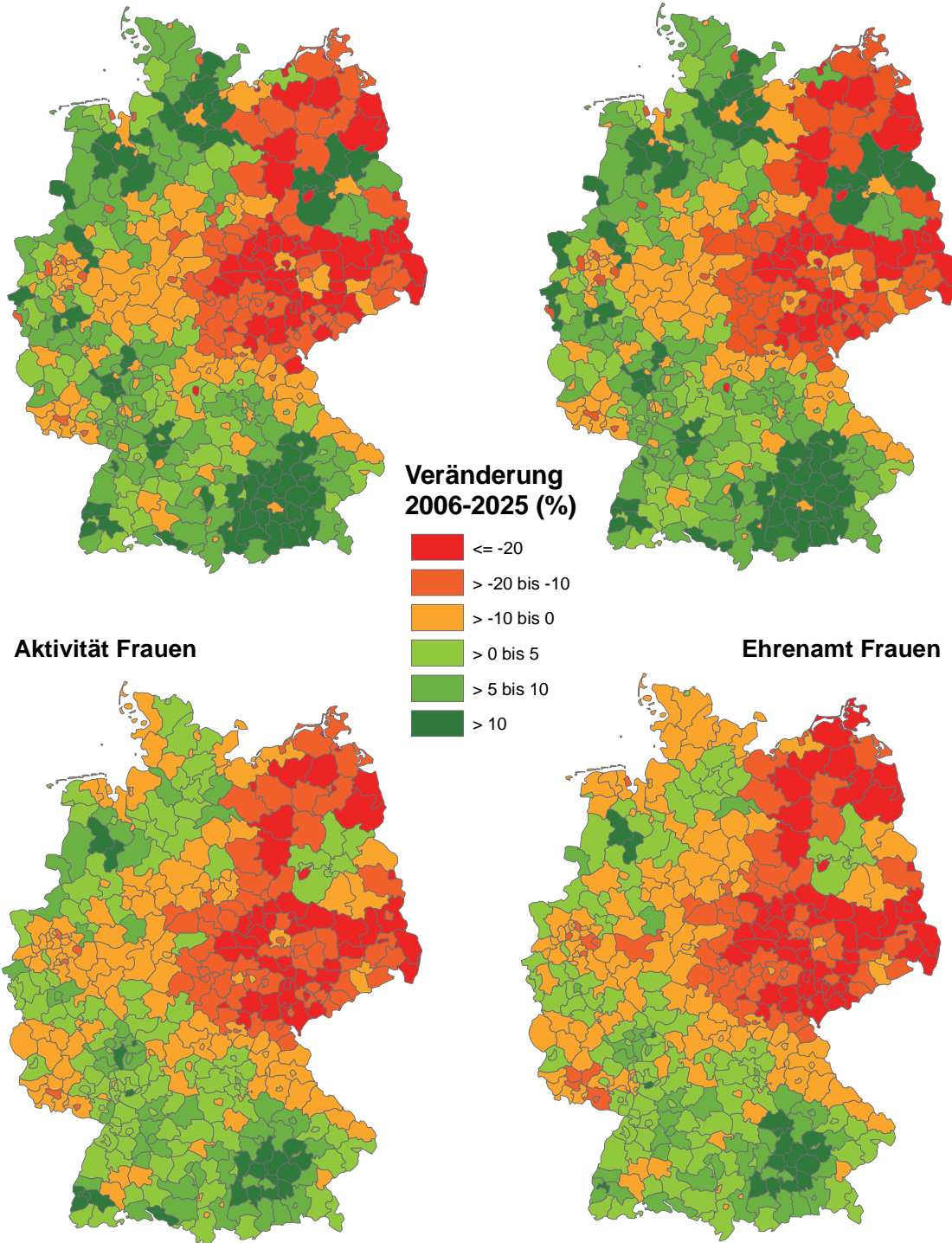
Quelle: Eigene Berechnungen

Entwicklung auf. In den schrumpfenden Regionen an der Küste gehen allerdings vor allem bei den Frauen die Engagiertenzahlen zurück. Da in dieser Region die Engagementquote der Frauen jedoch sehr gering ist, gibt es hier noch ein relativ großes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement, das aktiviert werden kann. In Süddeutschland steigt die Zahl der bürgerschaftlich Engagierten in den meisten Kreisen trotz einer starken Alterung bis zum Jahr 2025 an, da die Entwicklung der Gesamtbevölkerung durch die Zuwanderung junger Menschen dort positiv ist.

Abbildung 15: Veränderungen der Aktivitäts- und Ehrenamtszahlen von Männern und Frauen auf der Ebene der Kreise

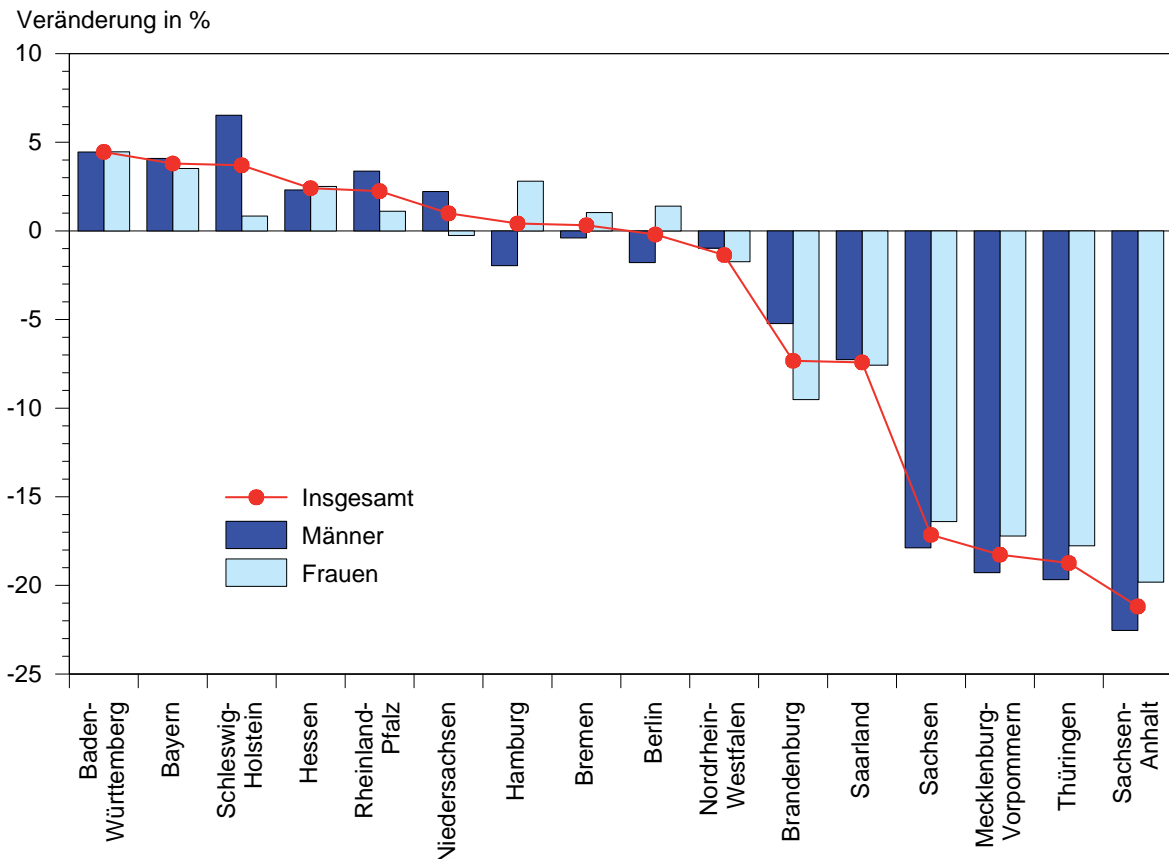
Aktivität Männer

Ehrenamt Männer



Quelle: Eigene Berechnungen

Auch bei einer Analyse nach Bundesländern werden die Unterschiede zwischen den Regionen in Deutschland deutlich. Die zu erwartenden Entwicklungen sind in Abbildung 16 für die bürgerschaftliche Aktivität und in Abbildung 17 für die ehrenamtliche Tätigkeit dargestellt. Demnach gehören die neuen Bundesländer und das Saarland eindeutig zu den Verlierern. So liegt zum Beispiel in Sachsen-Anhalt der Verlust auch im Durchschnitt aller Kreise über 20 %. Damit wird deutlich, dass es sich trotz kleinräumiger Unterschiede in bestimmten Regionen um ein großflächiges Problem handeln wird. Für Brandenburg fällt der Rückgang aufgrund der

Abbildung 16: Prozentuale Veränderung der bürgerschaftlichen Aktivität 2006 bis 2025

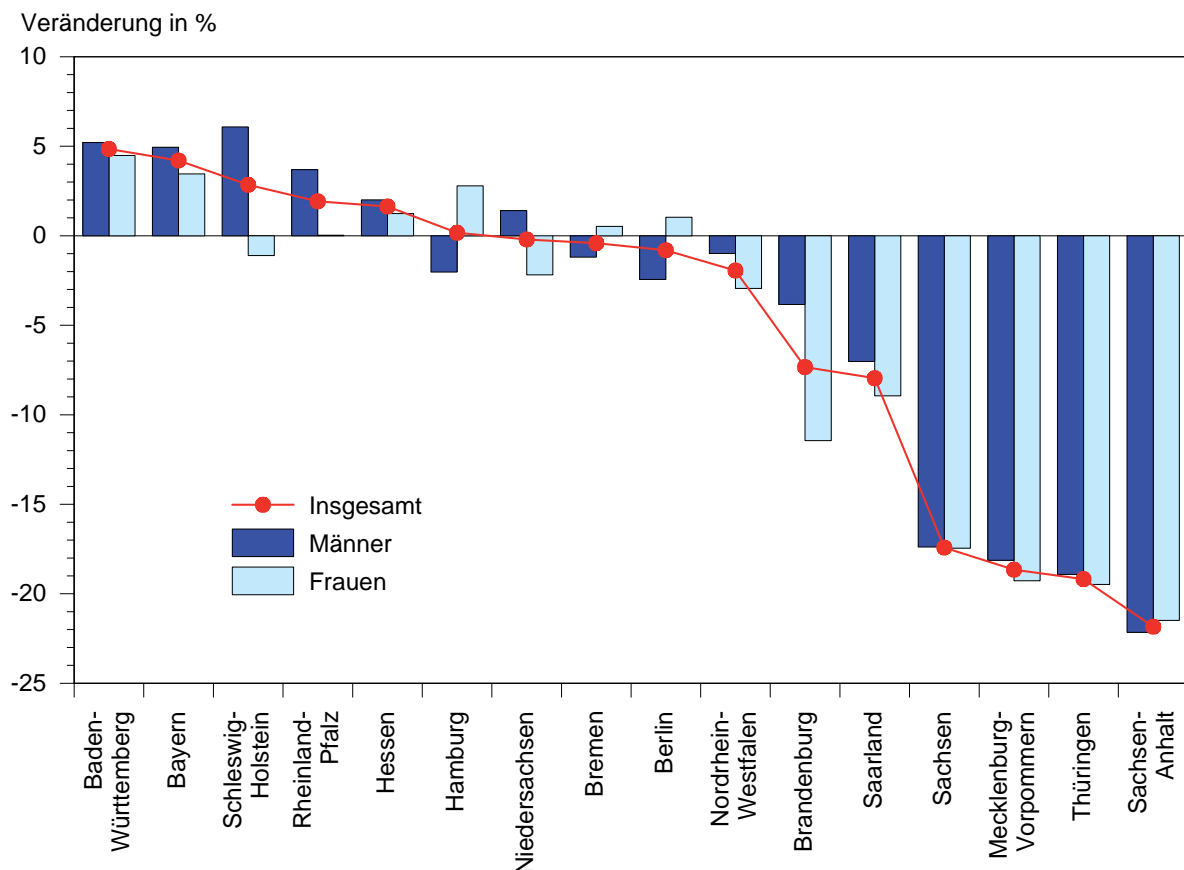
Quelle: Eigene Berechnungen

räumlichen Nähe zu Berlin und einer damit verbundenen jüngeren Altersstruktur in Teilen des Bundeslandes im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern verhältnismäßig gering aus. Diese Entwicklung geht allerdings nur auf die unmittelbar angrenzenden Kreise von Berlin zurück, so dass die großen Disparitäten innerhalb Brandenburgs auf Bundesländerebene nicht deutlich werden und das Bild entsprechend verzerrt ist. Als Gewinner können dagegen vor allem Baden-Württemberg und Bayern, sowie in geringerem Maße auch Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland-Pfalz bezeichnet werden.

In einigen Bundesländern sind unterschiedlich starke Entwicklungen bei Männern und Frauen zu erwarten. So liegt zum Beispiel in Schleswig-Holstein die Veränderung bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten bei den Männern mit + 6 % noch über den Werten von Baden-Württemberg und Bayern. Die Zahl weiblicher ehrenamtlich Tätiger wird dort dagegen voraussichtlich um 1 % zurückgehen. In den Stadtstaaten zeigt sich ein umgekehrtes Bild (zum Beispiel Hamburg: Männer: - 2 %, Frauen: + 3 %).

5.2.6 Ausblick

Die Modellrechnungen zeigen, dass der demographische Wandel große Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement hat. Dabei sind alle Tätigkeitsbereiche langfristig von einem Rückgang der Engagiertenzahl betroffen, der jedoch unterschiedlich stark ausfallen wird. Auf der Ebene der Kreise werden die Unterschiede noch größer sein. Dort gibt es bis 2025 sowohl Gewinner als auch Verlierer, wobei gerade die strukturschwachen Regionen mit ungünstiger demographischer Entwicklung auch hinsichtlich der Entwicklung des demographischen Potenzials für das bürgerschaftliche Engagement am ungünstigsten abschneiden. Bürgerschaft-

Abbildung 17: Prozentuale Veränderung der ehrenamtlich Tätigen 2006 bis 2025

Quelle: Eigene Berechnungen

liches Engagement als Ergänzung und Unterstützung für kommunale Infrastruktur und Dienstleistungsangebote wird nach dieser Modellrechnung gerade dort über das geringste Potenzial verfügen, wo es am dringendsten gebraucht würde. Auch beim bürgerschaftlichen Engagement wird in vielen Kreisen in Zukunft möglicherweise die erforderliche kritische Größe nicht mehr erreicht werden können, zum Beispiel für die Einsatzabteilungen von ehrenamtlichen Unfall- und Rettungsdiensten oder der freiwilligen Feuerwehr, bei Mindestgrößen in den Mannschaftssportarten beziehungsweise bei der Auslastung von Sportanlagen, Vereinsheimen usw. Allerdings ist insbesondere bei Frauen und älteren Menschen beziehungsweise in den neuen Ländern bei allen Gruppen noch ein großes Potenzial für die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement vorhanden. Langfristig stellen Schrumpfung und Alterung jedoch auch das bürgerschaftliche Engagement und insbesondere die ehrenamtliche Übernahme von Arbeiten und Aufgaben, vor allem auf regionaler Ebene, vor eine große Herausforderung.

Zusammenfassung

- Modellrechnungen zeigen, dass alle Tätigkeitsbereiche langfristig von einem Rückgang der Engagiertenzahl betroffen sind (wenn das Engagement unverändert bleibt).
- Der Rückgang fällt für die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche differenziert aus, Bereiche, in denen sich eher jüngere Menschen engagieren, sind dabei von Rückgang besonders betroffen.
- Auch regional findet eine Differenzierung statt, demographisch ungünstige Regionen (strukturschwach, peripher) leiden unter besonders starkem Rückgang bei der Engagiertenzahl.
- Gerade dort, wo die Tragfähigkeit der Infrastruktur am stärksten zurückgeht, ist auch das Potenzial an Engagierten am niedrigsten.

6 **Fazit**

In dem vorliegenden Bericht wurde das bürgerschaftliche Engagement im Kontext des demographischen Wandels und kommunaler Dienstleistungs- und Infrastrukturangebote untersucht. Was sind die wesentlichen Trends und Zusammenhänge, und inwieweit könnte bürgerschaftliches Engagement entsprechende Angebote und Versorgungsstrukturen in den Regionen unterstützen und ergänzen? Und wie könnte sich das künftige Potenzial an bürgerschaftlich Engagierten in den Regionen entwickeln?

Das bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger Bestandteil des sozialen Lebens. Im Zuge des demographischen Wandels wird dabei die Rolle bestimmter Gruppen wichtiger – in erster Linie sind hier die Seniorinnen und Senioren zu nennen, aber auch Personen mit Migrationshintergrund. Bürgerschaftliches Engagement hat unbestreitbar positive Effekte – auf den Einzelnen (Selbstbestätigung, demokratische und soziale Kompetenzen, Gesundheit/Wohlbefinden, Einbindung in Netzwerke), aber auch die Gesellschaft (Beitrag zur Bürgergesellschaft und zum sozialen Kapital).

Im Zusammenhang mit dem regionalen demographischen Wandel angesichts von Schrumpfung und Alterung ist vor allem die künftige Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur in den Kommunen eine große Herausforderung. Solche demographischen Verwerfungen werden vor allem in den neuen Ländern und in peripheren Regionen erwartet; daher werden dort die Auswirkungen auf die kommunalen Angebotsstrukturen auch am gravierendsten sein. Bürgerschaftliches Engagement kann hier, aber auch anderswo ergänzend und stützend wirken, es kann eine Bereicherung und ein Standortvorteil für die Kommune sein. In welchem Ausmaß, kann aber regional recht verschieden sein. Außerdem hängt der Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements entscheidend von der (künftigen) kommunalpolitischen Herangehensweise und Förderung ab.

Die Zahlen zum bürgerschaftlichen Engagement offenbaren dabei positive Trends: das Potenzial und der Anteil der Engagierten steigt derzeit an, vor allem bei den Älteren. Positiv ist auch die hohe Beteiligung bei den Jugendlichen, denn in der Jugend wird der Grundstein gelegt für ein Engagement im Alter. In den neuen Ländern findet gegenwärtig ein Aufholprozess statt. Leider sind die Engagements noch sozial ungleich verteilt und auch internationale Vergleiche zeigen, dass Deutschland noch Aufholpotenzial hat.

Nach unseren Modellrechnungen muss langfristig von einem Rückgang der Engagiertenzahl in allen Tätigkeitsbereichen ausgegangen werden – wenn das Engagement unverändert bleibt. Dabei würden demographisch ungünstige Regionen unter einem besonders starken Rückgang der Engagiertenzahl leiden. Hier gilt es, kommunalpolitisch anzusetzen und, falls möglich, vorhandene Potenziale stärker auszuschöpfen und den gegenwärtigen Trend zu mehr Beteiligung zu unterstützen.

7 Literatur

- Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung*, 2004: Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik 43. Stuttgart: Metzler-Poeschel
- BBR (Hrsg.), 2006: Raumordnungsprognose 2020/2050. Bevölkerung, private Haushalte, Erwerbspersonen, Wohnungsmarkt. Berichte des BBR 23. Bonn: Selbstverlag
- Boothe, Brigitte, 2007: Sich freiwillig engagieren - warum? In: *Der Bürger im Staat* 4: 218-225
- Börsch-Supan, Axel; Brugiavini, Agar; Jürges, Hendrik, et al. (Hrsg.), 2005: Health, ageing and retirement in Europe. First results from the survey of health ageing and retirement in Europe. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA)
- Bucher, Hansjörg; Schlömer, Claus, 2006: Die Bevölkerung. In: BBR (Hrsg.): Raumordnungsprognose 2020/2050. Berichte des BBR 23. Bonn: 7-38
- Bundesamt für Bauwesen und Raumentwicklung, BBR (Hrsg.), 2008: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR 2007. Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), 2006: Perspektiven der Raumentwicklung in Deutschland. BBR. Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2004: Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland. Bericht der Kommission Impulse für die Zivilgesellschaft. Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005a: Der Alterssurvey – Aktuelles auf einen Blick. DZA. Bonn
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005b: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. tns infratest. München
- Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Drucksache 14/8900. Bonn
- Frech, Siegfried, 2007: Bürgerschaftliches Engagement. In: *Der Bürger im Staat* 4: 202-203
- Gauthier, Anne H.; Smeeding, Timothy M., 2003: Time use at older ages. Cross-national differences. In: *Research on Aging* 3: 247-274
- Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine, 2004: Erfassung freiwilligen Engagements (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement) in den Freiwilligensurveys 1999/2004 und in der Zeitbudgetstudie. In: *Alltag in Deutschland*. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Stuttgart: Metzler-Poeschel: 357-372
- Gensicke, Thomas, 2006: Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 12: 9-16
- Hank, Karsten; Erlinghagen, Marcel; Lemke, Antje, 2006: Ehrenamtliches Engagement in Europa. Eine vergleichende Untersuchung am Beispiel von Senioren. In: *Sozialer Fortschritt* 1: 6-12
- Heinze, Rolf G., 2005: Engagement und Partizipation. In: BMFSFJ (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung. Vorstellung und Diskussion zentraler Positionen des Fünften Altenberichts der Bundesregierung mit Senioren, Seniorenverbänden und Seniorenorganisationen. Berlin: 92-99

- Hollbach-Grömig, Beate; Sander, Robert; Zahn, Anja*, 2006: Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft. Herausgegeben vom BBR. Bonn. (BBR-Online-Publikation, 9)
- Kahle, Irene; Schäfer, Dieter*, 2005: Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/2002. In: *Wirtschaft und Statistik* 4: 311-317
- Keupp, Heiner*, 2002: Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9: 15-21
- Klie, Thomas*, 2007: Bürgerschaftliches Engagement und die Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden. In: *Der Bürger im Staat* 4: 253-269
- Kohls, Martin*, 2008: Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten. Eine Bestandsaufnahme. Nürnberg: Selbstverlag (Working Paper des BAMF, 15)
- Künemund, Harald*, 2006: Gesellschaftliches Engagement älterer Menschen als Potenzial. In: *Prager, Jens U.; Schleiter, André* (Hrsg.): *Länger leben, arbeiten und sich engagieren*. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung: 133-150
- Künemund, Harald; Schupp, Jürgen*, 2007: Konjunktoren des Ehrenamts. Diskurse und Empirie. Berlin. (SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research, 22)
- Mai, Ralf*, 2004: Regionale Sterblichkeitsunterschiede in Ostdeutschland. In: *Scholz, Rembrandt; Flöthmann, Jürgen* (Hrsg.): *Lebenserwartung und Mortalität. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft* 111. Wiesbaden: 51-68
- Malmberg, Bo; Lindh, Thomas; Halvarsson, Max*, 2005: Productivity consequences of work-force ageing – stagnation or a Horndal effect? Institute for Future Studies. Arbetsrapport 17. Stockholm
- Mattern, Volker*, 2006: KommKOOP – erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen. Dokumentation des MORO-Wettbewerbs 2005/2006. Herausgegeben von BBR. Bonn
- Sauer, Lenore; Ette, Andreas*, 2007: Auswanderung aus Deutschland. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 123. Wiesbaden
- Schneider, Lutz*, 2006: Zu alt für den Arbeitsmarkt? Der Einfluss des Alters auf die Produktivität. In: *Wirtschaft im Wandel* 11: 330-337
- Staatskanzlei des Landes Brandenburg* (Hrsg.), 2007: Brandenburg. Offen für Vielfalt. Demografischer Wandel – Projekte zwischen Uckermark und Lausitz. www.stk.brandenburg.de/media/lbm1.a.4856.de/demografie.pdf, zuletzt geprüft am 03.07.2008
- Statistisches Bundesamt* (Hrsg.), 2006: Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden
- Warburton, Jeni; Peel, Nancye May*, 2008: Volunteering as a productive ageing activity: the association with fall-related hip fracture in later life. In: *European Journal of Ageing* 5,2: 129-136
- WHO* (Hrsg.), 2002: Aktiv Altern. Rahmenbedingungen und Vorschläge für politisches Handeln. WHO Madrid